

Lübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Poststelle oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 131.

Mittwoch, Den 8. Juni 1921.

28. Jahrgang.

Beginn der Säuberungsaktion in Oberschlesien.

Breslau, 8. Juni. (Drahtbericht.) Die interalliierte Truppenbewegungen haben gestern begonnen. Ein englisches Bataillon fuhr mit der Bahn nach Gleiwitz. Die polnischen Vorposten hatten sich schon vorher zurückgezogen; zu Kämpfen ist es nirgends gekommen. Die Säuberungsaktion geht rasch weiter.

Berlin, 8. Juni. Die Polen bereiten eine starke Verteidigungslinie vor, die das Industriegebiet verteidigen soll. Sie legen die Truppenaushebungen fort; aber die eingestellten Leute desertieren meist schon nach kurzer Zeit. Die Stimmung in Kattowitz ist verzweifelt. Die Führer der Deutschen werden verfolgt und verschleppt. Ein großer Teil der Bevölkerung hat die Hoffnung, Kattowitz den Deutschen zu reiten, aufgegeben.

Der Operationsplan der Alliierten.

Berlin, 7. Juni. Nach der Chicago Tribune hat die interalliierte Kommission in Oppeln in geheimer Sitzung über die Operationspläne beraten, die gegen die polnischen Insurgenten zur Anwendung gelangen sollen. Die Methode dürfte darin bestehen, in gleicher Weise französische, englische und italienische Truppen zu verwenden. Dieser Plan würde die Entente aufrecht erhalten und ohne Blutvergießen durchzuführen sein. Wie weiter gemeldet wird, erhalten die Engländer, u. a. Tants und sechs Luftgeschwader. Sie wollen allein gegen die Polen vorgehen für den Fall, daß die Franzosen eine gemeinsame Operation ablehnen.

Entspannung.

Berlin, 7. Juni. Die Zustimmung, die die Lage in Oberschlesien durch die ultimative Forderung der interalliierten Kommission an den deutschen Selbstschutz erfahren hatte, scheint durch das Vorstelligwerden der deutschen Geländebesitzer bei den einzelnen Entente-Regierungen und durch die Verhandlungen, die die Reichsregierung inzwischen mit der Oppelner Kommission geführt hat, eine zufriedenstellende Abschwächung erfahren zu haben. Die Zustimmung des Leiters der englischen Verstärkung, daß die Säuberungsaktion unmittelbar bevorsteht, hat bei den deutschen Selbstschützern äußerst beruhigend gewirkt. Es scheint tatsächlich, daß die Engländer jetzt eingreifen, um das Industriegebiet von polnischen Insurgenten zu säubern. Wie wir erfahren, sind die notwendigen Vorbereitungen bereits getroffen, und es ist beabsichtigt, daß die Engländer von Groß-Strehlitz aus nach Gleiwitz vorköhen, um dann strahlendmächtig Beuthen, Königshütte und Kattowitz zu besetzen. Der deutsche Selbstschutz soll während der englischen Aktion den Schutz des rechten Flügels der Engländer übernehmen, jedoch nicht eingreifen, sondern lediglich zur Verfügung des englischen Kommandos stehen. Bevor die Säuberung beginnt, soll die interalliierte Kommission beabsichtigen, einen Aufruf an die polnischen Insurgenten zu richten, in dem unter Androhung strengster Strafen die Waffen niederlegung und die Auflösung der Banden gefordert wird.

Daß die englische Verstärkung ein Eingreifen tatsächlich beabsichtigt, geht aus der Beunruhigung, die unter den Insurgenten herrscht, hervor. Die Annahme, daß die Säuberungsaktion nicht schwierig sein wird, findet in dem Rücktritt des bisherigen Oberkommandanten der Polen eine gewisse Bestätigung. Doliva, der bisher die militärischen Maßnahmen der Insurgenten leitete, hat das Kommando niedergelegt, weil er eingesehen hat, daß es ihm nicht möglich ist, die Disziplin unter den aufständischen aufrechtzuerhalten, und weil er vermeiden wollte, daß man ihn mit mordenden und plündernden Aufständischen identifiziere. Mit diesem Rücktritt sind auch die Bedingungen hinfällig, die die Polen nach Auslandsmeldungen neuerdings wieder an die interalliierte Kommission gerichtet haben sollen und die unter anderem die Einrichtung einer neutralen Zone verlangten.

Die inzwischen eingetretene Klärung der Lage ist um so mehr zu begrüßen, als die französische Presse aus der vorübergehenden Zustimmung wieder Sonja sangte und die französische Regierung zu Bergeltungsmahregeln auf dem rechten Rheinufer auffordert. Die Ereignisse werden so schlimm wie möglich geschildert, um insbesondere einen Vorwand zur Fortdauer der Marschantionen zu erhalten. Durch das schnelle Eingreifen der Reichsregierung ist Gott sei Dank auch diesmal den französischen Chauvinisten das Wasser abgegraben worden. Wir wollen jetzt hoffen, daß es den Engländern bald gelinzt, die geschehnhagen Zustände in Oberschlesien wieder herzustellen.

Eine neutrale Zone.

U. Breslau, 8. Juni. Im Norden haben englische Truppen Rosenbergr besetzt. Im Süden ist ein Bataillon Italiener in Krummholz eingerückt. In der Mitte der Front schieben sich englische und französische Truppen zwischen deutschen Selbstschutz und polnischen Insurgenten. Daraus ist es wohl zu erklären, daß während eines Gefechts zwischen deutschen Selbstschutz und Polen Franzosen ins Gefecht kamen und dabei 5 verwundete und 7 un- verwundete Franzosen durch den deutschen Selbstschutz gefangen genommen wurden. Es ist zu befürchten, daß ähnliche Vorkommnisse während der Bildung der neutralen Zone durch die alliierten Truppen sich wiederholen werden. Die Engländer haben größere Abteilungen in der Richtung des Industriegebietes in Bewegung

gesetzt, die in Gleiwitz eintrafen. Von den drei in Gleiwitz angelangten englischen Kompanien wurde eine sofort weitergeschickt. Auf der polnischen Seite kämpfen nur noch wenige Oberschlesier. Aus den südlichen Bezirken Pleß und Rybnik wird auch gemeldet, daß die polnischen Arbeiter meistens in die Betriebe zurückgelehrt sind.

U. Paris, 8. Juni. Die Presse berichtet, daß General Le- rond seine Absicht aufgegeben habe und daß die Garnisonen in Pleß, Rybnik und Tarnowitz weiter verbleiben werden.

England und Oberschlesien.

London, 7. Juni. Je zurückhaltender die deutsche Bevölkerung und die Angehörigen des Selbstschutzes in Oberschlesien in ihrem Anerbieten von Hilfe an englische Truppen sein werden, umso lieber ist dies der englischen Regierung, die die einzige Aussicht auf Rettung der Lage in der strengsten Unparteilichkeit der interalliierten Kommission sieht und ihre Truppen nicht in die gleiche Stellung der Deutschen gegenüber, wie die Franzosen den Polen gegenüber gedrängt sehen möchte. Sie erhofft noch immer von dem guten Beispiel der Engländer und Italiener eine Wirkung auf die Franzosen.

Als ausgeschlossen darf gelten, daß die englische Regierung Frankreich freie Hand in Oberschlesien gibt gegen freie Hand in Kleinasien obwohl die in der Opposition in England befindlichen Gruppen einen solchen Ruhandel befürchten.

Hilferuf der Stadt Kattowitz.

Von dem schwerbedrängten Kattowitz ist folgender Hilferuf an alle Kulturnationen der Welt ergangen:
Woche für Woche vergeht, die in Aussicht gestellte Hilfe ist ausgeblieben. Die Not ist inzwischen ins Ungeheure gestiegen. Heute wieder ohne Wasser. Die Lebensmittel gehen zur Neige. Der Stadtkommandant hat es mit seiner Ehre als unvereinbar erklärt, daß die Insurgenten die Stadtmitte betreten. Trotzdem ist der Bahnhof mitten in der Stadt besetzt worden. Müssen sofortige Nachhilfe verlangen, oh und wann die kaum noch zu hoffende Entsetzung der Stadt zu erwarten ist. Schwere Unruhen infolge Verzweiflung der Bevölkerung unvermeidlich.
Die Bürger der Stadt Kattowitz.

Die Schuld in Oberschlesien.

Die Ansicht unserer französischen Genossen.
Paris, 7. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Populaire“, J. Caussu, hält sich in Oberschlesien auf und berichtet seinem Blatte:
Die Ententetruppen unternahmen nichts, polnische Abenteuer zu verhindern, sondern duldeten sie vollkommen. Nur die Italiener hatten Widerstand versucht. Der Berichterstatter sagt, er hätte in den letzten Tagen viele Unterredungen über den Ursprung der Abenteuer gehabt und es scheint festgestellt zu sein, daß das französische Kommando über die Vorbereitungen unterrichtet gewesen sei. Alle französischen Posten berichteten zehn Tage vorher über die in Ausführung begriffene Bewegung. In Korsantys Hauptquartier in Schoppinitz unterhielten die Franzosen ein Detachement, das die Polen bei ihrem Handel mit ihren Freunden jenseits der Grenze kontrolliert hätte. Sie hätten deshalb nicht aufgehört, den Franzosen zu sagen, hier gebe es keine Deutschen, ihre Anwesenheit sei also unnötig. Tatsächlich zu trauen. Der Berichterstatter klagt den General Gratier an, der sich während des Krieges hierdurch auszeichnete, daß er die Methode erfaßt, wie man Schulte binde. Er befahl kurz vor dem Ausbruch allen Truppen, sich in kleinere Trupps zu zerfallen.

Schokoladenfabrik Reichardt steht in Flammen.

Hamburg, 8. Juni. (Drahtbericht.)
Seit heute früh 4 Uhr stehen die Fabrikgebäude der Theodor Reichardt G. m. b. H. in hellen Flammen. Der Brand scheint durch Selbstentzündung infolge der großen Hitze der letzten Tage entstanden zu sein. Das riesige Feuer hat bisher ungeheure Werte vernichtet. Tausende von Säcken Zucker und Kakao sind durch Feuer oder Wasser vernichtet.
Die oberen Stockwerke der Fabrikgebäude sind gänzlich ausgebrannt. An eine Wiederaufnahme der Arbeit ist in absehbarer Zeit nicht zu denken.

Proletariat und „höhere Schule“

Von Siegfried Kamerau.

In diesen Tagen tritt der Reichsschulausschuß zusammen, und folgenschwere Beschlüsse ruhen in seinem Schoße. Die Arbeiterschaft steht diesen Fragen meist gleichgültig gegenüber: was geht uns das an — so denken viele —, ob man ein Abiturientenexamen macht oder nicht, ob man 8 oder 9 Jahre auf der höheren Schule sitzt, ob man in 3 oder in 4 Jahren die Grundschule zurücklegt? Was geht uns das an, uns, die wir durch die fiskalische Weisheit einer aus Gewissenhaftigkeit kulturlosen Finanzpolitik mit der dauernden Steigerung des Schulgeldes von diesen Lernkafasernen doch ausgepersert sind?

Die Philologen meinen, die Welt gehe unter, wenn man nach der Grundschule nur 8 Jahre lang im Bildungsfessel schmorte, es müßten unbedingt 9 Jahre sein, sonst werde die Mischung nicht richtig. Schon spielen sie die „gekränkte Leberwurst“, wie der Sache so schön sagt, und arbeiten an Deutschlands Gesundung, indem sie 13 Jahre Schulleuch als Vorbedingung jeglicher Geistesbildung bezeichnen.

Gewiß, es ist zu verstehen, wenn man sagt, laßt doch diese Leute sich immer mehr vom Leben abkapseln, desto ruhiger geht das Leben an ihnen vorbei. Und dennoch! Man denke an unsere Gerichtsurteile! An unsere Staatsbehörden! Können wir es wirklich auf die Dauer ertragen, wenn Lebensfremdheit, wenn dem Kapitalismus unwissend-felig verfallene Korrektheit die Gesichte des Proletariats belastet? Ist es wirklich für das Proletariat gleichgültig, wie die „höhere Schule“ beschaffen ist?

Das Proletariat wird die sogenannte „höhere Schule“ der alten Zeit abtragen, wird unter Schaffung einer gestaffelten Schulsteuer seine Kinder in schulgeldfreie Schulen schicken, wo sie in Gemeinschaft mit allen Kindern des Volkes leben und lernen. Diese Schule kann nur die „weltliche“ Schule sein: D. h. weder eine alte Lehrschele ohne Religionsstunden, noch eine monistische oder atheistische Jakobinerhschule, sondern die Schule, die aus tätigem Erleben Sittlichkeit in den allen Volksgenossen gemeinsamen Grundzügen herausarbeitet. Das Bild dieser Schule zeichnet uns soeben in scharfen Zügen Paul Vestrich in seiner Broschüre: „Die elastihsche Einheitshschule (Lebens- und Produktionshschule)“. Zweifellos entspricht dieses Schulideal in allen wesentlichen Punkten dem, was sich die Sozialdemokratische Partei und darüber hinaus weite Kreise des deutschen Volkes als Programm der Zukunft gestaltet haben oder gestalten werden. Ueber das Abiturientenexamen heißt es da:

Hinter aller Schulprüfungsverteidigung steckt der Glaube an die Notwendigkeit der Kasten und Klassen, steckt das Mißtrauen gegen andere und sich selbst, steckt der Wunsch, aus der Verantwortung einer weichenhaften Entscheidung sich zu retten hinter formalistische Regeler.

Und man sehe sich ferner diesen Begriff gleichmäßiger Bildungshöhe in allen Fächern bei Licht an, aus welchem Prinzip heraus durchaus 9 Jahre nötig seien, um „reif“ zu werden! Das heißt doch: Verachtung der Meisterhschaft auf begrenztem Gebiete — die doch allein wahrhaft volksgesundend ist — Hochachtung vor Kenntnissen auf allen Gebieten — die doch in Wahrheit Täuschung sind, die doch notwendigerweise Oberflächlichkeit, Unwahrhaftigkeit, formale Sicherheit bei innerer, sachlicher Haltlosigkeit bedeuten. Ist also das Proletariat nicht aufs stärkste daran beteiligt, ob in Zukunft weiter Klassenschulen auf seine Kosten bestehen sollen zur Heranzüchtung seiner Feinde und Verderber, oder ob nicht diese Klassenschulen zu wahrhaften Schulen des Volkes werden können, wo jeder sich nach seiner Fähigkeit entwickelt, seine Meisterhschaft zu seiner Zeit findet und ohne Schema und Prüfungsschwindel soweit vorwärts bringt, wie seine geistigen oder werkschtigen, seine künstlerischen oder technischen Kräfte und Veranlagungen reichen, ist nicht das Proletariat aufs stärkste daran beteiligt, daß die Grundhschule alle Kinder mindestens 4 Jahre „vereine, ja, wird es nicht in der Folge eines wirklich ausgereiften Schulplanes der Zukunft liegen, daß bei wirklicher innerer Beweglichkeit in Fächern und Zielsetzungen alle Kinder bis zum 16. Lebensjahr zusammen erzogen, wenn auch nicht immer zusammen unterrichtet werden müssen?

Im Kampf gegen das Abiturientenexamen, im Kampf gegen die neunhschulige Philologenschule, im Kampf gegen äußerliche Zerreißung der Volkshugend nach Konfession oder Geldbeutel — in diesem Kampf ist das Proletariat, das sich seiner Aufgabe bemüht, das stärkste Bollwerk und die stärkste Phalanx. Das Proletariat entwickelt langsam die Ordnung der neuen Gesellschaft, und die Erziehung, die nach Paul Barth Fortpflanzung der Gesellschaft ist, muß sich unweigerlich umstellen auf diese neue Gesellschaft, auf ihr Werden und ihre Gesche. In dem Schlüsselwort der „Soziologischen Pädagogik“, die er soeben im Verlag Quelle u. Meyer erscheinen läßt, sagt der Verfasser:

„Ob der Staat mitmacht oder nicht: die neue Gesellschaft

*) Verlag Schwabhsche u. Sohn, 1921, Heft 4 der „Lebenshschule“. (Preis 6 Mk.)

Wird für Begriff, sich ihre Schulen zu schaffen, und es wird die Zeit kommen, wo die neue Gesellschaft über drei- und vierstündige höhere Schulen, über Berechtigungen und Unberechtigungen lächelnd zur Tagesordnung übergehen wird, ja, wo sie unter Umständen den staatlichen Schulzwang zerbrechen wird, wo sie ihre Einheitschule ohne Berechtigungen; ihre Volkshochschulen ohne zünftige Größen, wo sie ihre Sittlichkeit, ihre Religion haben wird, während in den amtlichen Schulen die alte Mühsal klappert, die Geheimnisse weiter reformieren und die Unverständigen nach wie vor den höchsten Wert auf gymnastische Vorbildung legen. Wir aber, die wir als wahre Realpolitiker, fesselt auf dem Tatsächlichen, Endlichen, strebend ins Kosmische, Unendliche, wurzeln im Materieellen, blühend und reifend ins Ideelle, um den Sieg der neuen Gesellschaft wissen, wir bauen an der neuen Schule, wir arbeiten an der neuen Erziehung — denn alle Revolution ist umsonst, wenn wir nicht neue Menschen gewinnen.

Stegerwald der Lebende.

Der Preussische Landtag hat am Montag seine große politische Debatte gehabt. Von besonderem Interesse ist dabei, daß die Frage der Regierungsombildung in Preußen das erste Mal vor dem Plenum besprochen wurde. Bekanntlich haben die bürgerlichen Parteien bei der Bildung der Preussischen Regierung nach den Landtagswahlen den Grundgedanken aufgestellt, daß in Preußen eine Regierungskoalition und ein Ministerium erforderlich ist, die genau so zusammengesetzt sind, wie Koalition und Kabinett im Reich. Nun ist die Reichsregierung auf der Grundlage der früheren Koalition der Mitte neu gebildet worden und es ist nach dem bürgerlichen Grundgedanken nicht mehr zu umgehen, daß auch die Preussische Regierung entsprechend umgebildet wird. Herr Stegerwald, daraufhin anwesend, erklärte dem Sinne nach im Parlament: jawohl, die Regierung müßte umgebildet werden, aber sie wird nicht umgebildet. Er hat sich nämlich entschlossen, nicht eher von seinem Platze zu weichen, bis er eine Regierungskoalition von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei erzielt und bis diese von ihm gewünschte Koalition sich auf einen Ministerpräsidenten geeinigt hat. Dies bedeutet nichts anderes, als daß Herr Stegerwald entschlossen ist, sich und sein Ministerium vorläufig ewig in Preußen zu installieren.

Nach diesem schönen Geständnis des Herrn Stegerwald ist es gewiß unbedenklich, ihm nachzugehen, daß er gewillt sei, aus den veränderten Verhältnissen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Herr Stegerwald übersteht offenbar, daß die Frage der preussischen Regierungsombildung nicht allein von den Landtagsparteien abhängt, sondern daß auch das Gewicht der Reichstagsparteien dabei mit in Rechnung gestellt werden muß. Unsere Gewissen in Preußen, denen man zu verstehen gab, daß ihre Anwesenheit in der Regierung und der Regierungskoalition erwünscht sei, wissen sehr gut, daß die bürgerlichen Parteien von einer Wiederkehr der ehemaligen sozialdemokratischen Minister in Preußen nichts wissen wollen. Der Ruf an die Sozialdemokraten: kommt in die Regierung, aber laßt eure bisherigen Minister draußen! wird von ihnen genau so aufgefaßt und beantwortet, wie der Tenor der Stegerwaldschen Erklärung, daß die Regierung umgebildet werden müsse, ohne daß sie in der Richtung verändert wird. Denn das ist am Ende der Sinn aller Hebelerei!

Um die Preussenregierung.

Berlin, 7. Juni. Durch die Rede des preussischen Ministerpräsidenten ist die Frage der Regierungsombildung in Preußen insofern geklärt, als bekannt ist, daß sowohl im Zentrum wie auch bei den Demokraten keine Neigung auf Umbildung des Kabinetts ohne Deutsche Volkspartei besteht. Was bisher noch unklar war, haben die maßgebenden Führer der Demokraten und des Zentrums durch unverbindliche Äußerungen sozialdemokratischer Abgeordneter gegenüber hinzugefügt. Die Demokraten haben keine Eile mit der Regierungsombildung, weil sie dadurch einen Minister verlieren würden. Auch wollen sie nach wie vor die Einziehung der Deutschen Volkspartei. Das Zentrum will von der Heranziehung der Deutschen Volkspartei ebenfalls nicht absteigen, bezieht im übrigen aber überhaupt keine Neigung zu Verhandlungen über die Regierungsombildung, solange nicht eine gewisse Konsolidierung im Reich vorhanden sei. Bisher haben auch keinerlei Verhandlungen über die Regierungsombildung stattgefunden. Die beiden Regierungsparteien wollen anscheinend erst sehen, wie sich in Preußen gegen die Sozialdemokraten regieren läßt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird es hierbei an dem nötigen Anschauungsunterricht nicht fehlen lassen.

Ein Mörder von Rosa Luxemburg verhaftet?

Wie die „Freiheit“ erfährt, wurde Leutnant Krull, der in dem Verdacht steht, an der Ermordung Rosa Luxemburgs beteiligt gewesen zu sein, von der Staatsanwaltschaft verhaftet. Krull spielte in dem berühmten Vatikan-Abenteuer eine besondere Rolle. Er gehörte zu dem „Sturmabteilung Kobach“, das im Oktober 1919 zuwider dem Verbot der Reichsregierung über die östpreussische Grenze einbrach und gegen die deutsche Republik Krieg führen wollte. Schon damals rühmte er sich vor seinen Kameraden, Rosa Luxemburg erschossen zu haben, und zwar ist er seinen eigenen Angaben nach der unbekannt gebliebene Schütze, der von dem Trittbrett des Automobils aus den tödlichen Schuß auf Frau Rosa Luxemburg abgab.

Es ist dringend zu hoffen, daß die Staatsanwaltschaft mit dem gleichen Eifer an die Verfolgung der Angelegenheit herangeht, den sie kommunistischen Sprengstoffgeheimnissen gegenüber an den Tag zu legen pflegt. Besonders wünschenswert wäre es, wenn die Deffektivität von einer offiziellen Stelle aus so schnell wie möglich über den Stand der Angelegenheit informiert würde.

Der schwarz-weiß-rote Paul Müller.

In unserer Ausgabe vom 7. veröffentlichten wir unter der Überschrift „Eine Disziplinlosigkeit“ eine Hamburger Meldung über die merkwürdige Haltung des 1. Vorsitzenden des Aktionsausschusses leemannischer Berufsverbände Paul Müller. Dieser nimmt nun selbst Stellung zu der Angelegenheit in einer Zuschrift an den „Vorwärts“; allerdings in wenig glücklicher Form. Der „Vorwärts“ schreibt hierüber folgendes:

Die Zuschrift des Gen. Paul Müller beginnt mit der Erklärung: Der Vorsitzende des Aktionsausschusses leemannischer Berufsverbände, Paul Müller, hat in der Hamburger Flaggen-Entgegnung... weder als Sozialdemokrat noch als Politiker überhaupt gesprochen....

Weiter wird erklärt, die Rede sei frei von allen nationalen Redensarten gewesen und habe den einmütigen Beifall

der anwesenden organisierten Seemannschaft gefunden. Die Wiedereinführung der rein schwarz-weiß-roten Handelsflagge werde von den Senaten von Hamburg und Lübeck gefordert, die zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammengesetzt seien. Weiter heißt es in der Erklärung:

„Der englische Staatsmann Palmerston war es, der am 2. Juli 1849 die schwarz-rot-goldene Flagge mit einer Seeräuberflagge verglich. Paul Müller sprach nur die Vermutung aus, daß sich heute dieser Vorgang wiederholen könne.“

Paul Müller hat allerdings vergessen, daß die schwarz-rot-goldene Flagge im Jahre 1849 die Flagge eines völkerrrechtlich nicht anerkannten Reiches war, während die Deutsche Republik von heute völkerrrechtlich anerkannt ist. Die verfassungsmäßigen Hoheitszeichen einer völkerrrechtlich anerkannten Macht sind in keinem Fall in Gefahr, mit einer Seeräuberflagge verglichen zu werden.

Im übrigen wird es keinen wundern, daß der 1. Vorsitzende des Aktionsausschusses leemannischer Berufsverbände Flagge, die er „für immer“ über Antwerpen setzen wollte, nun wenigstens in der deutschen Handelskiffahrt ewiges Leben wünscht. Es sei ihm zugestanden, daß er auch damals schon „nicht als Sozialdemokrat“ und schon gar nicht „als Politiker“ gesprochen...

Der 1. Vorsitzende des Aktionsausschusses leemannischer Berufsverbände wird es uns aber nun auch nicht verübeln dürfen, wenn wir als Sozialdemokraten und Politiker über seine Aussprüche manchmal die Hände über dem Kopf zusammenschlagen.

Nur 40 Holzhäuser für den Anfang von Frankreich bestellt.

Paris, 7. Juni. Aus gut unterrichteter Quelle erzählt der Korrespondent des „Berliner Lokalanzeigers“, daß die bisher veröffentlichten Meldungen über den Gang der Verhandlungen betreffend die Lieferung von 25 000 Holzhäusern in der gegebenen Form nicht zutreffen. Ueber die technischen Einzelheiten ist zwar eine Einigung erzielt worden, auch dürften sich die deutschen und französischen Sachverständigen über die Preise einigen. Dagegen kann keine Rede davon sein, daß Deutschland 1500 oder gar 3000 Holzhäuser bestellt erhält. Es kommen für den Anfang höchstens etwa 40 Holzhäuser in Frage. Im günstigsten Falle wird Loucheur, der gegen große Widerstände zu kämpfen hat, 500 Holzhäuser in Auftrag geben und weitere Bestellungen je nach dem Stand der Aufträge seitens der Interessenten machen. Am Mittwoch wird eine Schlussverhandlung über die Preise stattfinden. Dann wird eine französische Kommission sich nach Deutschland begeben, um Holzfabriken und verschiedene ausgeführte Holzhäuser zu besichtigen. Es wird damit gerechnet, daß in den nächsten 6—8 Monaten im Ganzen vielleicht 1500 Holzhäuser bestellt werden können.

Wenn diese Meldung in allen Teilen zutrifft, so nimmt die Geschichte mit den 25 000 Holzhäusern, die seit langer Zeit alle Zeitungen füllt, ein klägliches Ende. Die Verhandlungen über solche Lieferungen sind deshalb so tragikomisch, weil deutsche und französische Unternehmer sich gegenseitig den Profit nicht gönnen.

Loucheur im Aufbaugesbiet.

Paris, 7. Juni. (WZ.) Der Minister für Wiederaufbau Loucheur hat gestern eine Reise durch das ehemalige Kampfgebiet gemacht und hierbei auch die Stadt Valenciennes besucht. Er hielt dort eine Rede an die Munizipalverwaltung, in der er u. a. sagte, er kenne die Gefühle der Bevölkerung der Norddepartements hinsichtlich der Beschäftigung der deutschen Arbeiter. Es sei eine Torheit anzunehmen, daß eine Stadt wie Valenciennes — 4000 bis 5000 Deutsche kommen lassen könne, um die Häuser wieder aufzubauen. Es würde dadurch ein Zusammenstoß entstehen, das man nicht dulden könne. Loucheur ging alsdann auf die Frage der Materiallieferungen durch Deutschland ein und erklärte, daß die französischen Industrien, so stark mit den Lieferungen für die Wiederaufbaugänge beschäftigt, sich schließlich gegenüber einem Deutschland, das nur auf dem Weltmarkt beschäftigt ist, im Rückstand befinden würden. Er verlange deshalb von den französischen Industrien, daß sie sich ihren Kunden zuwenden und nicht zu große Vorteile aus den Lieferungen für den Wiederaufbau zu erzielen suchen. Eine Entscheidung über die Zukunft könne nicht getroffen werden, jedoch könne er nicht Verpflichtungen übernehmen, daß er nicht Lieferungen Deutschlands annehme, die für Frankreich eine Erleichterung darstellen könnten.

Morgen fühlt sich getroffen.

Unseren Montagartikel, worin wir das Interesse der Deffektivität auf gewisse Geldgeschäfte mit und nach dem Ausland und die dafür stets vorliegenden Bewilligungen des Finanzministeriums lenkten, hat der bekannte General Morgen auf sich bezogen. Der entschlossene Herr richtet den Galgen des Prozeßes vor uns auf, um die Aufnahme einer Entgegnung zu erzwingen. Diese Entgegnung ist in ihrer Tendenz so sehr interessant, daß wir sie freiwillig und mit Dank aufnehmen. Folgendes ist ihr Transkript:

Meine sämtlichen bankgeschäftlichen Transaktionen sind stets auf legalen Wege ausgeführt worden. Ich habe auch, wie aus Ihrem Artikel hervorgeht, keinerlei Kapitalverlagerungen in das Ausland jemals vorgenommen, sondern lediglich Wertpapiere, die meiner Tochter bereits gehörten, mit Genehmigung der zuständigen Behörde, des Reichsfinanzministeriums, durch eine hohe Bank in London verkaufen lassen. Der Erlös dieses Verkaufes ist sofort nach hier wieder übermietet worden. Das Reich wurde also in keiner Weise geschädigt.

Weitere Schritte... E. a. Morgen.

Den vorbehaltenen und angelegentlich Schritte sehen wir mit freudiger Ungeduld entgegen. Vielleicht wird sich dann herausstellen, daß wir doch etwas mehr von der Geschichte wissen, als Herr Morgen und andere hier ist. Auf die finanziellen Einzelheiten kann wir hier nicht eingehen; wo das Beschriebene anfängt und wo es aufhört, darüber sind die Meinungen geteilt. Gerühmte Geldleute haben schon oft dem kranken Land bewiesen, daß Auslandsflüchtlinge das Reich nicht etwa schädigten, sondern ihm nützen.

Solche Auseinandersetzungen können wir ab. Nur

Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund.

II. Genf, 8. Juni. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Kongresses der Vereinigung der Gesellschaften für den Völkerbund wurde auf Antrag der letzten Kommission, den Lady Gladstone der Versammlung vorgelegte, einstimmig die Aufnahme der deutschen Liga in die Vereinigung beschlossen. Der Präsident Gustav Ador gab seiner lebhaften Befriedigung über die einstimmige Aufnahme Ausdruck. Weiter legte Lady Gladstone einen Antrag der italienischen Gesellschaft für den Völkerbund vor, in der die Versammlung aufgefordert wird, sie soll sich im Interesse der Herbeiführung eines wahren Friedens für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund selbst aussprechen. Auch dieser Antrag fand einstimmige Zustimmung.

Der 10. Deutsche Basistien-Kongress.

einberufen von denselben zwölf Organisationen, die den vorjährigen Braunschweiger Kongress veranstaltet haben, wird Anfang Oktober abgehalten werden. Für die Behandlung soll das Gesamthema „Der Wiederaufbau Europas“ den Rahmen abgeben.

Die Durchführung liegt in Händen eines Finanzausschusses unter Obmannschaft von Dr. E. Quibbe (Deutsche Friedensgesellschaft, Berlin SW., Zimmerstraße 87).

Schwedische Einfuhrzölle auf Luxusartikel.

II. Stockholm, 7. Juni. Das schwedische Parlament hat die durch die Regierung vorgelegten Gesetze auf Erhöhung der Einfuhrzölle für eine große Anzahl Fabrikatier verworfen. Der Vorschlag der Regierung wurde gemacht, um die Industrie gegen die Dumping anderer Länder mit niedrigerer Valuta zu schützen. Ein Vorschlag, die Einfuhrzölle auf baumwollene Artikel und Eisenwaren zu erhöhen, wurde ebenfalls verworfen. Aus finanziellen Gründen schlug die Regierung dann vor, die Einfuhrzölle auf Luxusartikel, wie Seide, Teppiche, Pelze, Früchte usw. zu erhöhen. Die beiden Kammern wurden am Sonntag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen berufen, worin der Vorschlag angenommen wurde. Die neuen Zölle werden bereits am Montag in Kraft treten.

Einigung im Baugewerbe der Provinz Sachsen.

II. Halle, 8. Juni 1921. Nach mehrstündigen Verhandlungen ist es Dienstag nachmittag gelungen, in dem Konflikt zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern im Baugewerbe der Provinz Sachsen und in Anhalt eine Einigung zu erzielen. Die Arbeiter erhalten Lohnerhöhungen von 20 bis 30 Pfennig pro Stunde. Alle Aussperrungen und Streiks werden aufgehoben. Die Arbeit soll Donnerstag früh wieder aufgenommen werden.

Zweierlei Maß.

Bei den in der Sozialdemokratischen Partei Kreis Essen organisierten Beamten der Schutzpolizei dauerten bisher anstandslos in den Unterkünften Beiträge einfließen zu lassen, bis eines Tages einem reaktionären Offizier der Schutzpolizei einfiel, unfeindlichen Genossen aus dem Lager zu verweisen. Auf die vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei eingereichte Beschwerde antwortete der Polizeipräsident von Essen wie folgt:

Herrn Parteisekretär Heinrich Arismannsky, Essen/Ruhr, Grabenstr. 67.

Ihrem Antrage vom 10. ds. Mts. vermag ich nicht zu entsprechen, damit mit Rücksicht auf den unpolitischen Charakter der Schutzpolizei jede parteipolitische Betätigung in den Unterkünften der Beamten zu unterbleiben hat. Laut Entscheidung des Ministeriums des Innern fällt hierunter auch das Einkassieren von Mitgliederbeiträgen, da hiermit häufig politische Erörterungen, Werben neuer Mitglieder usw. verbunden ist.

Gen. Walcher. Hierzu bemerkt unser Essener Parteiblatt, es sei genau darüber unterrichtet, daß der deutschpöhlische Schutz- und Trugbund keine Agitatoren ungehindert in die Unterkünfte schicke, um die Polizeibeamten zu Versammlungen usw. anzuregen. Weiter kann der Nachweis erbracht werden, daß die Agitatoren des Schutz- und Trugbundes mit wärmster Unterfütterung verschiedener Vorgesetzter Beitrittslisten zum Schutz- und Trugbund artikulieren ließen.

die Tatsache interessiert uns, daß Wertpapiere — mit Genehmigung des Finanzministeriums — nach dem Ausland gingen. Offenbar, um sie einer Beschlagnahme durch das Reich, das zur Erfüllung des Friedensvertrages auf ausländische Werte angewiesen ist, zu entziehen.

Aber, Herr Morgen, all das sind in Ihrem Falle zunächst nur Nebensächlichkeiten. Der springende Punkt liegt doch in der Behauptung, daß die Papiere Ihrer Tochter bereits gehörten. Was heißt das: bereits??? Wann sind sie gekauft worden? Mit der Darstellung, daß die auszuführenden Papiere aus dem Eigentum Ihrer Tochter kamen, haben Sie offenbar von irgend einem schlaftrigen Geheimrat des Finanzministeriums die Ausfuhrbewilligung erlangt.

Wagen Sie auch uns gegen über zu behaupten, daß alle von Ihnen ausgeführten Papiere bereits im Eigentum Ihrer Tochter waren, als sie auswanderte?

Wäre das der Fall, Herr Morgen, so enthielte Ihre Entgegnung der Beweise zu viel. Dann bräuhete der Erlös doch gar nicht nach Deutschland zurückkommen, sondern konnte gleich an Ihre Tochter in Holland gehen.

Irgend etwas stimmt also nicht. Und Herr Morgen wird wohl oder übel erklären müssen, wann und wie die Wertpapiere in das Eigentum seiner Tochter übergegangen sind.

Wir wissen, daß Papiere kurze Zeit vor Ihrer Ausfuhr gekauft worden sind. Der Verdacht liegt also vor, daß sie nur zum Zwecke der Erlangung einer Ausfuhrbewilligung schnell als Eigentum einer Tochter deklarieren wurden.

Gelängt es Herrn Morgen nicht, schnell und obflüchtig diesen Verdacht zu zerstreuen, so wird er moralisch sehr ins Gedränge kommen. Dann wird der aufrechte General es sich wohl oder übel gefallen lassen müssen, daß wir ihn mit Prinz Eitel Friedrich und anderen Gräuelkünden in eine Reihe stellen.

Das beleidigte Offizierkorps.

Frankfurt a. M., 4. Juni. („Vorw.“) Heute vormittag 10 Uhr fand vor dem Schöffengericht die Verhandlung gegen den Lokaldirektor des „Frankfurter Volksfreund“, Genossen Kurt Lehmann, hatte in dem betreffenden Artikel beleidigt zu haben. Seine Gemüthsart durch einen am 2. November v. J. im lokalen Teil des „Volksfreund“ erschienenen Artikel beleidigt zu haben. Lehmann hatte in dem betreffenden Artikel von einer schlechten und prallen Offiziersmeute hinter der Front „weilhaft von dem Schwertschrei der Front“ berichtet. Obwohl nur Etappenoffiziere gemeint waren, hat trotzdem der Deutsche Offiziersbund Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Der Staatsanwalt ist dem Offiziersbund zu Willen gewesen. Als Nebenkläger trat u. a. ein General von Hutier auf.

Infolge eines durch die sozialdemokratische Presse gegangenen Aufrufs nach Zeugen hatten sich jetzt 1500 Personen gemeldet, die ein lozdrückendes Material beibrachten, das dessen Verlesung bzw. Verächtlichmachung bei der Verhandlung vollauf genügt hätte, um die Richtigkeit der seinerzeit von Lehmann in dem genannten Artikel ausgesprochenen Behauptung über die Etappenoffiziere zu bekräftigen. Das Gericht lehnte jedoch die Beweisanträge als belanglos ab! Der Staatsanwalt beantragte eine exemplarische Gefängnisstrafe. Das Gericht erkannte auf 1000 Mk. Geldstrafe. (Wahrscheinlich gehörten die Richter selbst zu denen, die sich getroffen fühlten.)

Gegen das Urteil wurde sofort Berufung eingelegt.

Die ersten Leistungen unserer weiblichen Abgeordneten in der Politik.

Von Anna Bloss.

Fast gegen ihren Willen erhielten die meisten deutschen Frauen am 9. November 1918 das Wahlrecht. Als Partei hatte nur die Sozialdemokratie die Forderung des Frauenwahlrechts in ihrem Programm. Die rechts orientierten Frauenverbände hatten sich entschieden dagegen ausgesprochen. Der Verein „Frauenstimmrecht“, in dem die bürgerlichen Frauen um ihre politische Freiheit kämpften, zählt verhältnismäßig wenig Mitglieder. Trotzdem war am ersten Wahltage die Beteiligung der Frauen aller Kreise sehr groß. Heute ist das Interesse dafür wieder abgeklaut. Die Frauen hatten mehr erwartet von ihrer Beteiligung an der Politik. Sie vergessen, daß die Frauen zu einer Zeit in das Parlament traten, als Deutschland unter dem Druck des Waffenstillstands, der eine Fortsetzung des Krieges, nur ohne Waffen war, litt. Daß es nachher unter dem Druck der schwereren Forderungen des Versailler Friedensvertrages stand und daß gerade dadurch aller Aufbau, an dem die Frauen doch mitarbeiten wollten, fast illusorisch war.

Die Zahl der weiblichen Abgeordneten im ersten deutschen Parlament war nur klein. Sie betrug 41 unter 428 Abgeordneten. Diese fühlten sich aber keineswegs ausschließlich als Vertreterinnen der Fraueninteressen, sondern sie fügten sich der Fraktion ein, in die ihre Wähler sie geschickt hatten. Nur wo die Interessen der weiblichen Menschen ihnen gefährdet erschienen, betonten sie ihr Frauenantum.

Zweifellos hat es überall sympathisch gewirkt, daß die erste Rednerin im deutschen Parlament, unsere Genossin Juchacz, die Stellung der Frau als Abgeordnete folgendermaßen zeichnete: „volle Gleichberechtigung, Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, Auswirkung aller in ihr liegenden Kräfte, aber daneben, andersgeartete Menschen.“ Sie betonte, daß die Frauen auch als Abgeordnete ihre Frauenart nicht verleugnen wollten. Das waren die ersten Worte, die je in einem Parlament von einer Frau gesprochen worden sind und die sie sprach, war die Vertreterin der stärksten Partei der Nationalversammlung und was sie forderte, ist das Zusammenwirken der weiblichen und männlichen Menschen im wirklichen Volksstaat, der alle Glieder zu gleichwertiger, wenn auch nicht gleichartiger Arbeit heranzieht, daher auch allen Gliedern dieses Volkes volle Gleichberechtigung gewährt.

Bei der Schaffung der Verfassung waren neben Genossin Juchacz besonders die Genossinnen Pfülf, Luze u. a. tätig. Hier soll nun kurz die Parlamentsarbeit unserer Genossinnen behandelt werden. Bei dem Hauptteil der Verfassung „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ beantragte Genossin Pfülf die Streichung des Wortes „grundsätzlich“ in dem Paragraphen „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten“. Leider ging ihr Antrag nicht durch, ebenso nicht der der Genossin Juchacz zum gleichen Paragraphen: „Männer und Frauen haben dieselben staatsbürgerlichen Rechte“ mit dem Zusatz: „Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts sind entsprechend zu gestalten.“ Die demokratischen Frauen stimmten im Gegensatz zu ihrer Fraktion für den Antrag Juchacz. Die übrigen Frauen stimmten dagegen oder „fehlten“.

Bei dem Antrag 3, alle Ausnahmegeetze gegen die Prostituierten aufzuheben, protestierte Genossin Bloss gegen den Ton, in dem verschiedene männliche Abgeordnete diese wichtige Frage behandelten und wünschte eine gesetzliche Regelung der Prostitutionsfrage, aber keine besonderen Befreiungsparagraphen.

Bei der Forderung der Abschaffung der Todesstrafe sprach Genossin Pfülf sehr warm dafür, daß nicht Vergeltung, sondern Erziehung vom modernen Rechtsstandpunkt aus das wesentliche sein müsse. Als ihr vorgeworfen wurde, sie könne keine große kriminalistische Erfahrung gemacht haben, wies sie darauf hin, daß sie als Frau seit 20 Jahren mit wachsendem schmerzlichen Erkennen gesehen, wie wenig die Gesellschaft getan habe, prophylaktisch einzuwirken, den Menschen vor der Schuld zu bewahren und daß dieselbe Gesellschaft, die den Menschen in die Schuld hineingeführt hat, sich dann anmaßt, über das Leben dieses Schuldigen zu urteilen. Bei der nammentlichen Abstimmung fehlten manche Frauen der nichtsozialistischen Parteien. Die übrigen stimmten alle gegen die Abschaffung der Todesstrafe, nur Frau Drunsfeld vom Zentrum stimmte dafür und damit gegen ihre Partei. Diese Stellungnahme der bürgerlichen Frauen ist bezeichnend.

Genossin Pfülf begründete den Antrag der sozialdemokratischen Partei zu der Frage der Ehe und Mutterschaft. Sie wollte, daß auf diesem Gebiet die Sprache der Menschlichkeit ertönte und daß das Unrecht gegenüber den unschuldigen unehelichen Kindern aus der Welt geschafft wird, damit über auch das Unrecht gegen den weiblichen Menschen. Unser Antrag ging nicht durch, dagegen der der Demokraten, welche

nur die Ehe unter dem Schutz der Verfassung stellt, dagegen der Mutterschaft Schutz und Fürsorge des Staates sichert. Wichtig ist zweifellos auch, daß die Forderung in die Verfassung gekommen ist: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen Kindern.“

Zu Artikel 122: „Die Jugend ist gegen Ausbeutung, sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen. Fürsorgemaßregeln im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet.“ sprach Genossin Pfülf. Sie wünschte, im zweiten Absatz das Wort „dürfen“ an Stelle des „können“ zu setzen, ferner die Hinzufügung des Satzes: „Die Leitung der Fürsorgeanstalten und die Erziehungsarbeit in diesen Anstalten ist nur erzieherisch gebildeten Personen zu übertragen.“ Sie wies auf die vielen Fälle hin, in denen gänzlich ungeeignete Personen Erzieher in Fürsorgeanstalten waren und oft das Gegenteil des angestrebten Erziehungszweckes erreichten. Sie forderte ferner, daß wegen politischer oder religiöser Überzeugung und Betätigung der Erziehungsberufenen über der Jugendlichen eine Fürsorgemaßregel nicht angeordnet werden darf. Ihre Forderungen gingen nicht durch, auch nicht die, daß alle privaten und konfessionellen Jugendfürsorgeanstalten verschwinden müßten.

Genossin Pfülf begründete den Antrag, daß alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte verschwinden müssen. Sie sprach vor allem von den Lehrerinnen, denen sie das Recht der Verheiratung geben wollte. Die Frauen fast aller Parteien sprachen für den Antrag, außer Frau Schmitz vom Zentrum. Der Antrag ging durch, und seine Nichtbeachtung in verschiedenen Fällen gab neuerdings im Reichstag Anlaß zu Debatten.

Zum Abschnitt „Bildung und Schule“ war Genossin Pfülf Mithräterin. Sie begrüßt den Gedanken der Einheitschule, weil sie uns die Bildungsdemokratie bringt. Es wäre gefährlich, politische und soziale Demokratie, ohne den Grundpfeiler dazu, die Bildungsdemokratie, zu geben. Genossin Bloss wies bei diesem Abschnitt darauf hin, daß das mit dem Zentrum eingegangene Schulkompromiß „richtig verstanden und richtig ausgelegt, höchste Toleranz im besten Sinne des Wortes“ bedeutet, und zwar darin, „daß dem Lehrer und Erziehungsberufenen Freiheit gegeben ist“.

Bei der dritten Lesung der Verfassung wandte sich Genossin Bohm-Schuch gegen die Unterscheidung von ehelicher und unehelicher Mutterschaft. Man dürfe keinen Unterschied herstellen bei diesem höchsten und heiligsten, was überhaupt eine Frau erleben könne.

Sehr schön und warm sprach auch Genossin Schuch in der denkwürdigen Sitzung in der Aula der Universität Berlin gegen die Unterscheidung des Versailler Friedensvertrages. Sie wies auf das namenlose Elend hin, das dieser Vertrag für uns bedeutet. Schließlich war aber ausschlaggebend für die Unterschrift nicht die Gefühlspolitik, sondern die des Verstandes.

Zu dem Gesetzentwurf über die Reichswohnenhilfe nahm Genossin Schroeder das Wort, und gab eine Reihe wertvoller Anregungen, so, daß die Wohnbeihilfe auf mindestens zehn Wochen auszudehnen ist, daß ein Beitrag von 50 Mk. zu den Ertragskosten festzusetzen ist und ein Beitrag zu den Hebammen- und Arztkosten im Falle von Mutterschaftsbeschwerden usw.

Einheitlicher Frauenwille, d. h. gemeinsamer Protest der weiblichen Abgeordneten erhob sich, als man im Betriebsrätegesetz Schutz vor Kündigung „wegen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Geschlecht“ von Seiten verschiedener männlicher Abgeordneten strittig machen wollte. Hier setzten die Frauen ihren Willen, zum Teil gegen die Männer, durch. Der Satz ist in das Gesetz aufgenommen. Dagegen konnten die Frauen nur eine Erklärung dazu abgeben, daß die Mindeerbewertung der beamteten Frau in dem Beamtenbesoldungsgesetz durch gesetzliche Neuordnung beseitigt werden müsse.

Genossin Reiche wünschte, daß die Rente der Kriegsbeschädigten nicht schematisch festgesetzt würde, sondern die jeweiligen Verhältnisse sollten ausschlaggebend sein für die Höhe der Renten. Das gleiche System wünscht sie für die Hinterbliebenenversorgung. Andernfalls müßte die Grundrente wesentlich erhöht und durch eine Zusatzrente erhöht werden.

Genossin Bollmann forderte als Berichterstatterin des Ausschusses für Volkswirtschaft vom Reichswirtschaftsministerium, Bett- und sonstige Wünsche aus freiverwerbender Heeresbeständen minderbemittelten Wägnereinnahmen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen.

Ferner ersuchte Genossin Reiche die Regierung, gegen den Holzwucher gesetzliche Maßnahmen zu schaffen oder andere Maßregeln zu ergreifen.

Wichtig war die Anfrage der Genossinnen Pfülf und Schroeder über die vermehrte Säuglingssterblichkeit. Sie verlangten zur Linderung der Not bei unzureichender Milchbelieferung die Bereitstellung von Kindernahrungsmitteln.

Genossin Grünberg verlangte für die Hausangestellten die gesetzliche Regelung des Hausangestelltenrechts.

Die Genossinnen Luze und Hübs verlangten eine weitgehendere Erlassung der Kriegsgewinne. Letztes wurden ihre Anträge nicht angenommen.

Bei der Frage der Jugendpflege wünscht Genossin Pfülf, daß bei dem neuen Jugendwohngesetz schon bei der Ausarbeitung die besten und einflussreichsten Fachleute zugezogen werden, auch Frauen, die die seelischen Nöte der proletarischen Familie nicht nur aus der Theorie kennen.

Genossin Schroeder besprach die Kohlennot und ihre Folgen. Während soziale Einrichtungen, Krankenhäuser usw. schließen müssen, stehen die Armes und Vergnügungstätigkeiten in voller Blüte.

Zur Ernährungsdebatte sprach Genossin Lohahl. Sie widersprach der Behauptung, daß neben dem frühzeitig eingetretenen Frost der Arbeitermangel schuld sei, daß noch Kartoffeln im Boden wären. Es brauche kein Arbeitermangel bestehen, wenn die Landwirte nicht die städtischen Arbeiter ablehnen würden.

Genossin Pfülf begrüßt warm die Einführung der Grundschule, hätte ihren Ausbau aber durch vier Jahre hinaus gewünscht. Sie glaubt, eine Erweiterung auf sechs Jahre würde sicher eine Wende im deutschen Volk finden. Sie selbst würde für acht Jahre eintreten.

Am vorletzten Tag der Nationalversammlung begründete Genossin Köhl noch sehr warm die Interpellation aller Frauen mit Ausnahme der U. S. P. gegen die schwarze Schmach.

Aus der kurzen Uebersicht, der Broschüre von Regina Deutch „Die politische Tat der Frau“ entnommen, zeigt sich, was unsere Genossinnen als soziale Gesetzgeberinnen geleistet und erreicht haben. In der Broschüre „Frauenstimmen“, im „Vorwärts“-Verlag erschienen, behandelt jede noch eingehend ein sie besonders beschäftigendes Gebiet.

Die Hauptarbeit wurde natürlich in den Ausschüssen geleistet. Viel Hoffnung, viel Freude an der Mitarbeit wurde unseren Frauen vermittelt durch den Druck, unter dem Deutschland schmachtet. Das darf ihnen den Mut nicht nehmen, weiter mitzuarbeiten am Wiederaufbau. Nie dürfen sie vergessen, daß neue Rechte neue Pflichten bringen.

Volkswirtschaft.

Theorie und Wirklichkeit.

Drei Wochen sind seit der Annahme des Entente-Ultimatums ins Land gegangen. Die ersten der unter dem übermächtigen Druck der Verhältnisse angenommenen Forderungen der Alliierten wurden inwieweit erfüllt. Der weitestgehende und schmerzliche Teil hat der Bararchie, aus deren Stadium hinausgehend, er in langen Sichten zur Erledigung kommen soll. Inzwischen werden sowohl von Seiten der Regierung als auch innerhalb privater Interessentkreise Erwägungen darüber angestellt, in welcher Weise sich die Erfüllung der einschneidenden in der dem deutschen Volk auferlegten Lasten, die periodenweise Stillfugung der von den Feindstaaten geforderten 132 Goldmilliarden, ermöglichen läßt. Ein Versuch, in dem nach dem andern steigt, ist der offensichtlichste Zielsetzung, in der Öffentlichkeit den Boden zur Durchführung entsprechender Maßnahmen vorzubereiten. Es geht um Hals und Kopf. Aus dem sicheren Bewußtsein aller Bevölkerungsschichten geboren, daß etwas Grundlegendes geschehen muß, um diese Forderungen an den jeweiligen Fälligkeitsterminen überhaupt realisieren zu können, ist die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit heute eine denkbar gespannte. Jeder versucht nach Kräften, seine Person vor diesem kommenden „Etwas“ möglichst zu schützen. Der zweifellos notwendige tiefe Eingriff in die

ausgebühten Besitz- und Einkommensteuern

breiteren Bevölkerungsschichten wirft keine Schatten voraus. Private Wünsche und staatliche Notwendigkeiten stehen in einem kaum je in diesem Ausmaße gekannten Gegensatz zueinander. Schwer, der Allgemeinheit kaum erkennbar, ringen diese Gegensätze um die Herrschaft. In fast täglich neu auftauchenden Plänen und Theorien zur Überwindung dieser Schwierigkeiten fehlt es nicht. Wie aber in den Kriegsjahren Theorie und Wirklichkeit durchweg in einem trassen Gegensatz zueinander standen, so ist es auch heute. So traurig die übergroße Not des deutschen Volkes auch ist, so bewirkt sie doch, daß man sich nach noch auch so fühligen Aufsprüngen wieder auf dem harten Boden der Wirklichkeit zurückfindet. Und hierzu müssen sich auch wohl über übel die Herren um Stuhnes bequemen. Auch sie können sich der zwingenden Not des Staates nicht dauernd ablehnend oder gar hemmend entgegenstellen. Wer nicht gutwillig den Weg in die Zukunft freigibt, der wird dem Zwange weichen müssen. Ganz abgesehen von den laufenden geldlichen Bedürfnissen des Reiches, müssen jährlich rund drei Milliarden Goldmark aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgepreßt werden. Da heißt es, mit

starker Hand und organisatorischer Gestaltungskraft

zusammen. Weder mit der Erziehung bereits bestehender, noch mit der „Erfahrung“ neuer Steuerquellen: läßt sich das Notwendige herbeischaffen. Darüber hinaus muß Deutschland das sparantke und das am rationalsten bewirtschaftete Land der Erde werden. Das heißt aber nichts anderes, als systematische Zusammenfassung und zweckmäßigste Gruppierung der produktiven Kräfte Deutschlands. Die deutsche Industrie muß sich die Zusammenfassung zu einer im Dienste der Reichsschuldenverwaltung stehenden Not-Interessengemeinschaft wohl oder übel gefallen lassen. Dazu reicht aber das bisherige System der horizontalen oder vertikalen Beschäftigung nicht aus; nur die restlose Zusammenfassung führt zum Ziel. Dieser Notgemeinschaft des deutschen Volkes wird sich als Ausführungs- und Kontrollorgan ein Reichsrevisionsinstitut begliedern müssen. Das wird manchem wehe tun, aber es ist notwendig. Eine zwangsweise geschaffener Staatssozialismus ist eben nicht jedermanns Sache.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 7. Juni.

Amlicke Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	7. Juni.	6. Juni.
Holland	100 fl.	2287.50
Kopenhagen	100 Kr.	1155.—
Stockholm	100 Kr.	1492.50
Kristiania	100 Kr.	987.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	125.—
Schweiz	100 Fr.	1140.—
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	15.25
Budapest	100 K.	28.25
Prag	100 K.	94.50
Spanien	100 Pesetas	360.—
London	1 £	252.75
Paris	100 Fr.	535.—
Belgien	100 Fr.	538.—
Italien	100 Lire	820.—
Japan	100 Lot	108.—
N. York (teleg. Ausz.)	1 Doll.	66.62
do. (biell. Ausz. od. Scheek)		68.50

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelkommen am 7. Juni 1921.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit Tage
D.		Westfalia	Ueder	Larbus	1
D.		Aranda	Holmroos	Ubo	59
D.		Fris	Bargitonn	Welle	1
D.		Bredow	Fuß	Stevens	1
Angelkommen am 8. Juni 1921.					
D.	S.	Daabet	Rahmussen	Katkov	1
D.		Nissan	Karlson	Gothenburg	1
D.		Swanen	Steenfeldt	Gothenburg	1

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Leber; für die Rubrik Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaftsbewegung August Schütz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



Im Erfrischungsraum
angenehmer kühler Aufenthalt.
Frucht- und Vanille-Eis
Portion 2.50

„Großhandel“

Kurzwaren!
Verkauf im Lichthof.

Hausfrauen! Wer jetzt kauft, spart Geld!

..... aber, vormittags müssen Sie kommen, denn nachmittags läßt sich der Andrang auf Grund der fabelhaft billigen Preise kaum bewältigen.

- Maschinengarn** schwarz u. weiß, 200-Mtr. Kreuzwickel..... **1.75**
- Maschinengarn** schwarz und weiß, Ia., 200-Meter-Rolle **1.95**
- Reihgarn**..... 20-Gramm-Rolle **1.75**
- Handzwirn** schwarz und weiß..... Stern **45**₰
- Stopfgarn** Wolle, auf Karten, schwarz..... **35**₰
- Stopftwist** schwarz, weiß und farbig Knäuel **70**₰
- Strickgarn** reine Wolle, schwarz 1/5 Pfund **7.90**
- Strickgarn** reine Wolle, Ia. Qualität, schwarz und grau..... 1/5 Pfund **10.50**
- Strickgarn** reine Wolle, extra Ia. Qualität, grau, schwarz, naturmeliert: ... 1/5 Pfund **13.50**
- Druckknöpfe** Messing, garantiert rostfrei, schwarz und weiß..... Dtz. **45**₰
- Leinenknöpfe** Ia. Qualität, 4 Dtz. in Größen sort. auf Karten zusammen **3.50**

- Stecknadeln** Ia. Eisen..... 50-Gramm-Dose **1.95**
- Lockennadeln** Ia., gewellt, 2 Briefe a 25 Stück **25**₰
..... zusammen
- Haarnadeln** Ia. lackiert, 2 Briefe zusammen **25**₰
- Wäsche-Festons** schön gebogt, 5-Mtr.-Stücke 1.65 1.25 **95**₰
- Wäschebändchen** schöne Dessins, 3 Meter 1.95 1.50 **1.25**
- Gummibandabschnitte** a 60 cm weiß **95**₰
- Strumpfhalter** aus Rüschengummiband, viele Farben Paar **1.75**
- Schnürbänder** schwarz Mako.... 1.35 1.10 **95**₰
- Nahtband** Ia. halbseiden..... 10-Meter-Rolle **2.50**
- Nahtband** beste Qualität..... 10-Meter-Rolle **3.50**
- Lohtband** schwarz und weiß..... 8-Meter-Rolle **2.25**

Handarbeiten

- Kissenstreifen** Lochstickerei, gezeichnet **2**₰75
- Kissenecken** Lochstickerei, gezeichnet Paar **3**₰75
- Taschentücher** Lochstickerei **2**₰
- Untertaillen** Lochstickerei, gezeichnet **19**₰
- Nachtischdecken** Lochstickerei, gezeichnet **6**₰
- Decken** Lochstickerei, 60/60 gez. **14**₰

Handarbeiten

- Kissen** Lochstickerei, 40/60 gez. **14**₰75
- Nächtischdecken** Lochstickerei, gezeichnet **23**₰
- Decken** Flachstich, 60/60 gezeichnet **16**₰
- Kissen** Flachstich, 40/60 gezeichnet **15**₰
- Ueberhandtuch** gezeichnet, nette Zeichnung **19**₰75
- Stückgarn** Deutsche Marke Döcke **1**₰

Parfümerie

- Reine Fettselbe** ca. 45 gr. **1**₰45
- Blumenseife** ca. 60 gr. **2**₰00
- Zahnbürsten** reine Borst., in Bein u. Zelluloid 6.75 3.45 **1**₰95
- Zahnpasta** Pfefferminz Tube 1.95 **95**₰
- Waschlappen** u. Waschhandschuh 1.25 **95**₰
- Gummischwämme** in großen Mengen ... 7.00 bis **1**₰00

Bijouterie

- Phant.-Broschen** in mod. Ausführungen... 3.50 **2**₰95
- Mod. Halsketten** Elfenbein-Imit. 7.75 6.00 3.75 **3**₰95
- Weißer Korallen** Imitation **9**₰50
- Halsketten** Phantasie.... 10.75 8.75 6.00 **3**₰95
- Peri-Ohringe** echte Silberhaken 4.75 **2**₰95
- Armreifen** (Sklavenreifen)..... 15.00 **13**₰75

Erfolgsleistungen für Brauereien und im Verkauf geratene Güter. Gegenüber dem Vorjahre wurden an persönlichen Ausgaben 127 %, an sachlichen Ausgaben 167 % mehr verausgabt. Das ungünstige Ergebnis des Rechnungsabchlusses des Geschäftsjahres ist in erster Linie zurückzuführen auf die verpörrichte Durchführung der für notwendig befundenen Tarifmaßnahmen durch die Reichsleiterführer. — Personen wurden im Berichtsjahre 1 894 732 befördert; Güter aller Art 257 868 Tonnen. Die Gesamteinnahme belief sich auf 6 008 590 Mark. Davon entfielen auf den Personenverkehr 3 691 704 Mark. Der Personenverkehr erbrachte gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 2 054 474 Mark. Die Mehreinnahme im Güterverkehr betrug 1 461 837 Mark. Insgesamt ist eine Mehreinnahme von 3 518 898 Mark zu verzeichnen. In der 1. Wagenklasse wurden 281; in der 2. 89 974; in der 3. 687 219 und in der 4. 576 590 Personen befördert. Dementsprechend waren auch die Einnahmen. In der ersten Klasse beliefen sie sich auf nur 4 210 Mk., während dagegen die 4. Klasse 1 260 731 Mark erbrachte. Der Betriebseinnahme von 6 008 590 Mark steht eine Ausgabe von 5 788 675 Mark gegenüber, so daß ein Ueberschuß von 324 922 Mark vorhanden ist. Davon gehen für Rücklagen usw. ab: 176 141 Mark. Der reine Ueberschuß beträgt demnach 148 781 Mark. Einschließlich der Zuschüsse aus der Staatskasse und anderes beträgt der gesamte Ueberschuß 201 859 Mark. Dieser Ueberschuß wird größtenteils zur Verzinsung und Tilgung der Anleihe verwendet. Eine Zahlung von Gewinnanteilen auf Aktien konnte nicht stattfinden.

Am Wettbewerb zur Erlangung eines Patents für die Oberbeck-Gesellschaft haben sich, wie uns geschrieben wird, 80 Künstler mit 84 Entwürfen beteiligt. Das Preisgericht kam nach eingehender Beratung zu dem Ergebnis, daß ein 1. Preis nicht verteilt werden könne, da die eingereichten Entwürfe entweder künstlerisch zu belanglos oder aber für den besonderen Zweck als ungeeignet erschienen mußten. Auf die drei in die engere Wahl gezogenen Entwürfe wurden die Preise herab verteilt, daß der 2. Preis in Höhe von Mk. 200. — doppelt an die mit dem Kennwort „Abund“ versehenen Entwürfe, der 3. Preis an den Entwurf mit dem Kennwort „Rügen“ gegeben wurde. Es zeigte sich, daß die Entwürfe der beiden ergränzten Preise von Karl Gröning, Lübeck, stammen, der des 3. Preises von Charles Berlin, Berlin, einem geborenen Lübecker. Der erste Entwurf „Abund“ von Gröning erschien dem Preisgericht als der künstlerisch wertvollste, aber als besonders ungeeignet als Ausschlagschuld für die Oberbeck-Gesellschaft, dem unbedingt ein ernster Charakter eignen müsse. Da durch die Ausschreibung des Wettbewerbs ein praktisches Resultat nicht erzielt ist, die Lösungen Grönings aber als ein künstlerische Leistungen anzusprechen sind, wurde beschlossen, sich mit diesem Künstler zunächst unverbindlich erneut in Verbindung zu setzen, um ein tatsächlich verwendungsfähiges Patent möglichst rasch auf diesem Wege zu erreichen.

Magnetische Stürme. Zwei Nordlichtforscher kündigten kürzlich um den 9. Juni magnetische Stürme an. Diese werden aber wahrscheinlich nicht eintreffen, da von der großen Sonnenflecken-Gruppe vorigen Monats nur eine kleine Fleck übrig geblieben ist. Man vermutete, daß die Gruppe diesen Monat noch größer wäre als bei ihrem letzten Erscheinen. Das ist aber dieses Mal nicht der Fall. Nur ein Fleck von etwa 1/4-1/2 Erdgrößen ist augensichtlich sichtbar. Er ist normal, d. h. kein Kernfleck und hat keine ungefähre runde Form. Jedenfalls ist er der Vorderstreck der großen Gruppe, da ein Teil desselben — er war nämlich doppelt — sich bis zu keinem Verschwinden am westlichen Rande besonders ausgebreitet hatte. Sinegenen veränderte sich der hintere, größte Fleck der Gruppe und umliegende kleine Flecken, indem sie im Umfang abnahmen. Nur noch ein ausgebreitetes Fackelgebiet — die Fackeln sind hellere Stellen auf der Sonne im Gegensatz zu den dunklen Flecken — zeugt von dem Untergange der gewaltigen Gruppe.

Badeanstalt Falkendam. Wassermärme am 8. Juni morgens 8 Uhr 21'; mittags 12 Uhr 22' Celsius.

Gausa-Theater. Es ist der Direktion gelungen, für die kommende Winterzeit den besten Komiker, Herrn Reinhold Wolf, sowie den charmanten Tenor-Buffo, Herrn Paul Schüller dem Theater zu gewinnen. Alles Nähere über Spielplan, Engagements sowie Abonnementsbedingungen wird in nächster Zeit veröffentlicht.

Angrenzende Gebiete.

Estia. Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung beschloß sich am Freitag mit der Arbeitslosenfrage. Nach dem Anzeiger für das Fürstentum Lübeck schwebte der Vorsitzende H. Gensel die Vorgänge innerhalb der Arbeitslosen-Familien, die mehr und mehr dem Zusammenbruch entgegen gingen. Die Arbeitslosenunterstützung reichte nicht annähernd aus, um mit diesem Gelde auch nur die notwendigsten Lebensmittel kaufen zu können. Schnellste Hilfe sei am Platze. In der Aussprache schilderte Willenbrocken-Malente die Entschiedenheit der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern. Es müsse unbedingt etwas geschehen. Die rege Wortmeldung ließ ein lebhaftes Interesse, und die zwingende Notwendigkeit zur Behebung der Arbeitslosigkeit erkennen. Es wurde festgestellt, daß sich im Bezirk Estia 94, im ganzen Fürstentum 232 Arbeits-

De Kortenleggerich.

Die Rüd ward wunnerlich! Dat is'n alla Snaad, und wahr is dat ool, id hefft selbst all markt. Ober nich an mi; denn so oib hien id io noch nich, um wunnerlich to ward'n. Reichens kann man't bi de Kroonslud marren.
 Na jo! Kommt mal so'n ale Robber bi uns an de Dör; hübsch war se grob nich, aber dat ännert nix an de Soof.
 So hannel mit Stavelbänner, Postorien, Bügenkapp un fink noch allerhand Kleutertroon.
 Nächst ja dor disse Dort Kroonslud in anst. Se wüßt se man eben de Kheunen Stavelbänner wiesen, und schon hebbt se bi all'n half Dugend schone Krottabänner andreht. Jo, Krotta, se is immer, un wüßt meen se.
 Na, hat un good. So'n Ollsch harr min Robber ool maal een half Duz Krottabänner andreht. Junge, Junge, wat kann de Ollsch kappeln!
 Id harr dat allns at de Rül mit an. Sie können se mal dran ziehen," sa se, wenn Sie die kaupt wieser, lobgen Sie ein Paar umloft; das ist gute Friedensware."
 Aber io'n Frieden kam se nor nicht erst; denn dor harr de Ollsch ehr koon wedder wat anders andreht. Scheemes Stück Soep, natürlich ool "Friedensware", Duz Bügenkapp un twee seine Postorien, gehoren beide to een Serie: "Und hefft se sein id hefft nicht heim, grüß Stavelbänner am Rhein." Hab heggor Kloten dorbi. Lohst harr se nix mehr, dor ja se mit'n mot: "Soll id Jinen mal Korten legen?" Dor war se all in de Dör und wüßt de Dör wüßt se to.
 Na, dat kann se god warrn, doch id.
 Gutes Morgen, junger Mann! Sie sind wohl auch arbeitlos? Oh Gott, wat is dat ool dor'n Gland mit die Arbeitslosigkeit!
 In koonen harr id den Drogen so rastmecken, ober id wüß io nu gespannt op de Kortenleggere worn.
 Dat geht denn nu soel richtig los. Soewel hefft hefft, wenn id man een Stann kappelt harr wie de, denn war wie heis van Qualen wüß.

lose befinden, von denen ein Teil mit kurzen Unterbrechungen 3 Monate erwerbslos ist. Es wurde eine Resolution angenommen, die die beschleunigte Erledigung eines Entwurfs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung (Erwerbslosenfürsorge) verlangt. Auf Anfrage erklärte Genosse O. Glos, daß nach Abschluß der schwebenden Tarifverhandlungen auf den Tarifmooren die zweite Schicht eingeleitet wird, wodurch Einstellungen erfolgen müssen. Um nun aber möglichst schnell den in bedrängter Lage sich befindenden Erwerbslosen hilfe reich zur Seite zu stehen, wird auf Antrag beschloffen, bis auf weiteres allwöchentlich einen Stundenlohn für diese zu opfern, der von den einzelnen Verbandsrästern eingesogen werden soll und der alsdann an den Kassierer dieser Aktion (Bränner, Kielerstr. 21) abzuführen ist. Die zahlreich versammelten erhoffen vom dem Landesverband, daß auch er eine finanzielle Unterstützung gewährt.

Met. Gautag der Landarbeiter. In sämtlichen Kreisen der Provinz Schleswig-Holstein haben die Mitglieder des Deutschen Landarbeitervereins auf Konferenzen Stellung zum neuen Tarifabschluß genommen. Die endgültige Entscheidung über den Tarif wird nunmehr am 12. Juni auf einem Gautag in Kiel erfolgen. Die Delegierten sind zu dieser Konferenz rechtzeitig geladen. Mitglieder, die als Gast an diesem Gautag teilnehmen wollen, können gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches beim Karte zugelasen werden, aber nur insoweit, wie es der beschränkte Raum zuläßt.

Infum. Nord und Schiffsaus auf der Nordsee. Die unter dieser Stichmarke kürzlich gebrachte Notiz vom Verbrechen an einem Infumer Seemann scheint sich zu bestätigen. Der Stiefvater des mit seinem Schiffe nicht heimgekehrten Schiffers Andresen, Tischler Berliner, erhielt vom Walfier des verschundenen Schiffes die Mitteilung, daß die Nachforschungen ergeben haben, daß die „Anna“ in Hull (England) angekommen ist. Es ist ein Mann als Besatzung darauf gewesen. Nach Aussage dieses Mannes sollen der Kapitän sowohl wie auch der Matrose unterwegs auf ein Fischerboot aufgestiegen sein. Es liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß der Kapitän sowohl wie auch der Matrose auf irgend eine Weise von diesem Manne umgebracht worden sind. Seine Verhaftung ist veranlaßt. Der Mann hat versichert, das Schiff drüben zu verkaufen, doch ist ihm dies nicht gelungen.



Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Garten- und Vergnügungslotolen in Lübeck als auch in den umliegenden Ortsgaststätten ausdrücklich den

Lübecker Volksboten

zu verlangen. Die kommende Urlaubs- und Ferienzeit bietet Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des „Volksboten“ in allen Verkehrsstätten zu veranlassen.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten
 Johannsstr. 46. Fernruf 926.



Schwern. Opfer des Badens. Beim Baden im Neuloser-See geriet der wenig schwimmbändige Seminarist Freuda in eine tiefe Stelle und sank unter. Die am Bade teilnehmenden Kollegen des Verunglückten waren des Schwimmens völlig unkundig. Die herbeigeholte Hilfe konnte nur noch die Leiche bergen. — In Ollendorf bei Grünow wogte sich der jugendliche Pferdebesitzer H. Kraffmann beim Baden zu weit ins Wasser hinaus und ertrank, da er des Schwimmens unkundig war. — Beim Baden in der Sube ist der 18jährige Sohn des Häuslers Seehof in Wieg ertrunken. Er geriet in eine der an den Hügungen der Sube vorhandenen tiefen Röhren. Er versank sofort, daß seine Kameraden ihm keine Hilfe bringen konnten.

Hamburg. Wieder ein Kind beim Baden ertrunken. Beim Baden aus der Kalkhofbrücke erkrankt das Schulmädchen Erna Sagen an der Strelowstraße 2. Anscheinend ist das Kind im erhitzen Zustande ins Wasser gegangen und hat einen Herzschlag erlitten. — Durch Herzschlag getötet. Auf der Trostbrücke fiel der am Grimm 12 wohnende Grünwarenhändler Below plötzlich tot zu Boden. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht.

Westmünde. Hohe Geldstrafen für verbotene Fischeinfuhr. Vier wurden wegen verbotener Einfuhr von Sardellen der Fischhändler Wittinger zu sechs Wochen Gefängnis und 450 000 Mk. Geldstrafe, der Fischhändler Wesemann zu vier Wochen Gefängnis und 180 000 Mk. Geldstrafe, und der Fischhändler Stade zu vier Wochen Gefängnis und 80 600 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Buchdruckerbewegung in Berlin. Die Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker und Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen nahmen im Gewerkschaftshaus den Bericht über die Stellungnahme der Prinzipalitäten zur Forderung einer dreifachen Lohnzulage von wöchentlich 35 Mk. entgegen. Wolff gab den einstimmigen Beschluß der tariflosen Buchdruckerbeitzer von Groß-Berlin bekannt, über den wir schon berichteten. Montag vormittag fand noch eine Unterredung der Kommission der Arbeitnehmerhaft mit den Prinzipalvertretern statt. Sie zerrigte kein anderes Resultat. Die Vorsitzende der Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben beschlossen, am Dienstag in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen. Eine neue Versammlung der Vertrauensleute, Druckereikassierer und Generalversammlungsdelegierten der Buchdrucker und Hilfsarbeiter findet Mittwoch statt, um zu dem Resultat der Urabstimmung Stellung zu nehmen.

Vom Kongreß der russischen Gewerkschaften. Der Moskauer Allrussische Gewerkschaftskongreß hat mit der Annahme einer Reihe von Resolutionen geendet, die den Thesen des Allrussischen Gewerkschaftsrates entsprachen. Da die Kongreßdelegierten von den Gewerkschaftsorganen in den Gouvernements und Kreisländern erwählt waren (also nicht von den Mitgliedern? D. Red.), waren die Oppositionsparteien nur durch einzelne Delegierte vertreten. Die Zahl der Parteiloseren betrug 388 gegen 1879 Kommunisten. Die Tätigkeit des alten Zentralkomitees wurde sowohl von den Mitgliedern wie auch von einigen Kommunisten scharf kritisiert. Ein Menschewist beanspruchte die völliße Unselbständigkeit der Gewerkschaftsorgane in der Provinz, den Bureaukratismus des Gewerkschaftsapparates und die Entfremdung desselben von den Arbeitern. Auch die kommunistischen Kritiker tadelten den Bureaukratismus der zentralen Gewerkschaftsorgane und stellten fest, daß der Allrussische Gewerkschaftsrat in den wichtigsten Grundfragen keine klaren Richtlinien verfolgte.

In den Thesen über die Aufgaben der Gewerkschaften, die dem Kongreß von Tomsk vorgelegt wurden, heißt es, daß die Entwicklung der privaten Kleinindustrie und die Verpachtung großer Betriebe an das Privatkapital wirtschaftlich notwendig ist. (Da käme Tomsk bei den deutschen Mostauern nicht an; für sie existieren wirtschaftliche Notwendigkeiten überhaupt nicht, es sei denn als Erfindungen und Ausflüchte der Sozialverleer. D. Red.) Die Gewerkschaften müßten bei den Arbeitermassen das Bewußtsein dafür wecken, sich aber gleichzeitig dazu rüsten, die Arbeiter in den Privatbetrieben, deren Zahl vor-ausichtlich rasch anwachsen werde, wahrzunehmen. Die Thesen von Hyperonisch verlangen die Besserung der Lage der Sozialisten. Man müsse die Hindernisse für die Heranziehung russischer Spezialisten beseitigen und den Zutritt von technischen Kräften aus dem Auslande fördern. Die Thesen von Kaplan über den Arbeiterstreik verlangen eine Reihe von Maßnahmen zur Besserung der Lage der Arbeiter in den Staatsbetrieben. Ueber-rundern müßten auf das unbedingt Notwendige eingeschränkt werden. („Das läßt tief blicken!“ — jagte Sabot.)

Jugendliche bis zu 18 Jahren sollten in die Betriebe nicht weiter aufgenommen werden. Das Verbot für Nachtarbeit von Frauen und Kindern müsse wieder eingeführt werden, ebenso wie eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze der Frauen und Kinder, die unter dem Druck der Notwendigkeit aufgehoben worden sind. Die Nachtarbeit von Frauen und Kindern ist nicht minder erträglich, wenn sie für den Bolschewismus anstatt für den Kapitalismus geschieht wird. — Nach allem was hier von dieser Tagung auslesener Gewerkschaftsvertreter bekannt wurde, scheint es, als habe man in Rußland noch manches zu tun, bevor man die Gewerkschaftsmittelglieder in Deutschland und anderen Ländern für russische Methoden begeistern kann.

Das Abkommen im niederschlesischen Bergbau. Der Bohnkamp im niederschlesischen Bergbau hat zu folgenden Vereinbarungen geführt: 1. Nachdem die Reichsfinanzverwaltung auf die Ablieferung des Betrages von 2 Mk. je Tonne abgesetzter Kohle aus dem niederschlesischen Bergrevier verzichtet hat, werden diese Beträge von der Uebernahme der Arbeit an nach näherer Vereinbarung in der Bezirksarbeitsgemeinschaft in voller Höhe zur Lohnherhöhung verwendet werden. 2. In der Annahme, daß der Reichsrat vorliegende Entwurf zur Abänderung der Kohlensteuer bis spätestens 1. Juli d. J. sein wird, wird von diesem Zeitpunkte an eine Lohnherhöhung in Aussicht genommen. Zurzeit beträgt die Kohlensteuer des niederschlesischen Reviers gegenüber Westfalen 2,80 Mk. mehr je Tonne abgesetzter Kohle. Um jede volle Mark, um die sich durch Veredelung der Kohlensteuer dieses Verhältnisses zugunsten des niederschlesischen Bergreviers ändert, wird ein Betrag von 80 Pfg. je Schicht zur Lohnaufbesserung verwendet werden, bis ein durchschnittlicher Betrag von 5 Mk. je Schicht erreicht ist, wobei die unter Ziffer 1 genannte Lohnherhöhung eingerechnet ist. Das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsarbeitsministerium werden sich dafür einsetzen, daß die für diese Lohnherhöhung erforderlichen Maßnahmen seitens der gesetzgebenden Körperschaften und des Reichskohlenverbandes getroffen werden.

12. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Der Verbandstag wurde am Sonntag, nachdem die Begrüßungsansprachen, die Bureauwahl und die Wahl der Kommissionen vorhergegangen, mit einem schönen Festabend eingeleitet. Als Verhandlungsleiter wurde ohne Widerspruch Verbandsvorsitzender Larnow und der Hamburger Zahlstellenleiter Bannewolf gewählt. — Zahlreicher als auf irgend einem vorhergegangenen Verbandstage sind die angemeldeten und zum größten Teil bereits erschienenen Delegationen verbündeter Körperschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (Grahmann), Internationaler Bund der Holzarbeiter (Wandenberg-Amherdam), zwei schwedische Verbände, ein englischer Verband, ein tschechoslowakischer, ein Schweizer, ein belgischer, ein österreichischer, ein norwegischer, zwei dänische Verbände.

Ein lebhafter Protest, begründet durch General Rühl-Breslau wurde gegen die mit allen terroristischen Mitteln erstrebt Kastrennung und Vergewaltigung Oberösterreichens erhoben, deren Delegierte den Verbandstag nicht erreichen konnten. Am Montag morgen begannen die Verhandlungen. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von ca. 800 Delegierten und 40 Vertretern des Vorstandes, Ausschusses, der Redaktion und Preiskommission und der Gausleitungen. Ein Antrag zum Punkt „Gewerkschaftliche Zeit- und Streikfragen“ einen Korreferenten zu bestellen, wurde abgelehnt. Ablehnung fanden auch alle Anträge auf Umstellung sowie Erweiterung der vorgeschlagenen Tagesordnung. Bei der Stellung der Unterstützungsfrage zu den in der Vorlage enthaltenen 459 Anträgen wurde neben einer Reihe Anträgen anderen Charakters auch solche nicht genügend unterstützt und damit von vornherein fallen gelassen, die eine Beschädigung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Moskau und den Anschluß an die Internationale, Sij Moskau, verlangten. Vor Eintritt in die Vorstandsberichterstattung gaben R. Petersen-Ropenhagen, Groß-Wien, Reichmann-Zürich im Namen der übrigen auswärtigen Gäfte eine Schilderung der auswärtigen Beroisorganisationen mit ihren Kämpfen der Zeit und widmeten dem Verbandstage mit starkem Beifall aufgenommene Begrüßungsworte.

Dann gab Tarnow den Vorstandsbericht. An die Spitze seiner Ausführungen setzte er Worte des Gebetens an die seit dem letzten Vorstandstage der Organisation entlassenen Kollegen: A. Neumann, Stübe, Gerlitke, C. Regien, aber auch an die verstorbenen namenlosen Kollegen, die ebenfalls so treu und hochachtungsvoll dem Verband gedient. In bezug auf den Vorstandsericht erklärte der Redner im wesentlichen das den Delegierten zugefertigte Jahrbuch und den gedruckten Vorstandsbericht, aus dem wir die wichtigsten Entwicklungspunkte bereits in einem Vorbericht besprochen. An Polen hat der Verband infolge der Geschäftsabteilungen 18 Zahlstellen abtreten müssen. Im einzelnen bespricht der Redner die Art und Weise der Ausführung der Anträge, die der letzte ordentliche und dann der außerordentliche Vorstandstag dem Vorstand zur Ausführung übertrug. Die Schaffung eines Reichsrats für Sägewerke war ein sehr wichtiger Punkt des Vorstandes, gelang aber bis jetzt nicht ganz, jedoch starke Bestrebungen sind geschaffen. Zur Tätigkeit des Vorstandes selbst sagt der Redner, daß außerordentlich schwer der Beschäftigten empfunden wurde, der wiederholt im Vorhinein des Vorstandes eingetreten ist. Kollege Leipart, der als Minister nach Württemberg ging, war der überragende Vorkämpfer des ganzen Vorstandes. Als er ging, waren sich alle Stimmen des Vorstandes darüber einig, daß als Nachfolger Leiparts nur Neumann in Betracht kommen konnte. Aber der Vorstand lebte von Anfang an in ständiger Sorge darum, daß ihm Neumann plötzlich entzogen werden konnte. Und das trat dann auch ein. Die weitere Wahl ist dann auf Tarnow gefallen, der von sich nur sagen will, daß er sich mit aller Kraft bemüht habe, sich in seine Aufgabe hineinzusetzen. Neue Aufgaben haben eine Vergrößerung des Verbandsbureaus notwendig gemacht, aber die Vergrößerung der Mitgliederzahl von 195 000 vor dem Kriege auf 370 000, mit der einhergehend eine Verstärkung des Verbandsbureaus von 26 Angestellten auf 47, brachte auch eine Verkleinerung der Angestellten, z. B. die Mitgliederzahl und Angestelltenzahl im Hauptbureau verdoppelte sich, aber die Zahl der Lohnbewegungen vergrößerte sich, die Zahl der Beteiligten verkleinerte sich. Nehmlich steht es auch mit der Zahl der Uebertritte und noch anderen Fragen. Es wird daher nötig sein, weitere Anstellungen im Verbandsbureau vorzunehmen, um dort wieder zu einigermaßen menschlichen Arbeitsverhältnissen zu kommen. Die Mitgliederbewegung ist im ganzen genommen erfreulich. Kräfte und Abwanderung und zum Teil auch unangenehme Auseinandersetzungen haben die Werbekraft des Verbandes in letzter Zeit etwas geschwächt. Er wird sich bemühen müssen, die Mithilflichkeit zu beheben. Was mit Lohnbewegungen zu schaffen war, habe der Vorstand erfüllt. Er ist in Lohnbewegungen fast erstarrt und auch bis an die Grenze der Finanzkraft des Verbandes gegangen. Glücklicherweise habe die Disziplin des Verbandes ausgezeichnet, um einzuhalten, als etwas gebremst werden mußte. Ein außerordentlicher Vorstandstag befanderte ebenfalls volles Verständnis für die Maßnahmen des Vorstandes zur finanziellen Kräftigung des Verbandes. Differenzen, die sich aus der kommenden Wirtschaften bestimmter Mitgliederkreise ergaben, sind nicht völlig ausgeblieben, jedoch auch durchaus nicht so erheblich aufgetreten wie in manchen anderen Organisationen. Zuletzt beruhe dies wohl nicht zum wenigsten auf der Taktik des Vorstandes, die Zahlstellen diese Differenzen möglichst allein auszuweichen zu lassen, wobei dann vielfach die Erkenntnis unter den Mitgliedern aufkam: wie wüßten wir doch gegen unsere eigenen Interessen, indem wir uns gegenseitig die Köpfe zerschlagen. Ein einheitliches Ziel wüßten wir nur ein zwischen Vorstand und Zahlstellen Halle. Der Vorstand faßte seine Stellung der parteipolitischen Neutralität so auf, daß die Mitglieder aller Parteien die gleichen Rechte im Verbande behalten müssen. Trotzdem war der Vorstand nicht in der Lage, ohne weiteres die neugewählte Verwaltung in Halle anzuerkennen, weil dort allgemeine Gewerkschaftsgrundsätze, insbesondere durch die Förderung der kommunikativen Betriebsräteorganisation verletzt wurden. Schließlich legte der Vorstand der Ortsverwaltung die Abgabe einer Erklärung vor, die als Mindestforderung an die vom Verband hochzuhaltenen Grundsätze anzusehen ist. Die Abgabe einer solchen Erklärung wurde abgelehnt. Der Vorstand verhielt sich noch weiter zurückhaltend, vertrauensvoll auf die Zeit, und die letzte Neuwahl der Ortsverwaltung in Halle sah dann auch nur noch eine kleine kommunistische Majorität. Wiederum ist der Verwaltung in Halle die Abgabe einer Erklärung, sich im Rahmen der Beschlüsse des Verbandes, der Gewerkschaftskongresse und der Anständerung Internationaler zu halten, auferlegt. Diese Erklärung ist wiederum noch nicht abgegeben worden, aber der Redner hofft, daß die Beschlüsse dieses Vorstandstages nun die Kollegen von Halle vernünftigerweise dazu führen werden, ihren Frieden mit der Zentralstelle zu machen. Einige wenige Ausschüsse von Kollegen werde der Vorstandstag noch nachprüfen Gelegenheit haben. Redner bespricht eine Reihe innerer Verwaltungsmaßnahmen organisatorischer Art. Mit der Abfassung einer Verbandsgeschichte ist Redner vor Jahren betraut worden, aber Krieg und Belastung mit dem Vorstandsposten haben bis jetzt die Fertigstellung gehindert. Dann ist Kollege Leipart mit dieser Arbeit betraut worden, aber wieder zurückgetreten, weil die Uebernahme des Vorsitzendenpostens im

V. D. G. B. vorangestellt werden mußte. In absehbarer Zeit wird nun aber ein Werk, darstellend „Die Geschichte des Holzarbeitergewerbes“ erscheinen. Der Vorstand hat weiter eine „volkswirtschaftliche Abteilung“ mit einer nationalökonomisch geschulten Kraft, Dr. Cassau, an der Spitze eingerichtet. Die Durchführung dieser Einrichtung ist dem Vorstandstag vorbehalten. Die Druckerei und Buchhandlung des Verbandes entwickelten sich günstig, ebenso das Fachblatt, das vor dem Kriege im Höchstfall 12 000 Abonnenten hatte, hat jetzt 22 500 Abonnenten. Redner bespricht dann die Arbeitslosenfrage und die Teilnahme des Vorstandes an Maßnahmen zur Behebung. Der Vorstand habe nichts unterlassen, um das Elend der Arbeitslosen zu mildern. Es sei auch eine ganze Menge erreicht worden durch den Druck der gewerkschaftlichen Organisation. Mit der primitivsten Fürsorge, der Unterstützung durch staatliche Mittel, wird jedes Saatswesen schwer belastet, unter Umständen zugrunde gerichtet, trotzdem habe der Vorstand diese Form gefördert, wenn nicht Behebung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsverweisung möglich war. Eine Milliarde ist im Jahre 1920 vom Reich, eine Milliarde auch von den Ländern und Gemeinden an die Arbeitslosen gezahlt worden. Im November vorigen Jahres ist durch den Druck der Gewerkschaften noch eine Erhöhung der Unterstützungssätze durchgeführt worden. Aber die Gewerkschaften sind weiter gegangen und haben ihre bekannten zehn Punkte aufgestellt, in denen im wesentlichen die Unterstützung der Arbeit verlangt wird, bei deren Behebung kein Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Ergebnisse sind auch hier erzielt worden, insbesondere bei der Verkehrsverwaltung, in deren Ausschüssen zur Regelung von Arbeit stets auch ein Vertreter des Holzarbeiterverbandes ist. Daneben ist die Regierung aufgefordert worden, durch die Behebung der Bauaktivität der Arbeitslosigkeit zu steuern. Auch hier sei schon etwas getan worden. Es sind 1920 4 1/2 Milliarden als Zuschuß zu Bauarbeiten gegeben worden, in den Etat für 1921 3,7 Milliarden zur Behebung der Bauaktivität eingestrichelt. Der Redner zeigt, wie der Verband hier noch weiterdrängend und organisierend vorgehen will. Schon seit Jahren habe der Verband auch darauf hingearbeitet, daß bei allen öffentlichen Arbeiten das Privatunternehmertum ausgeschaltet wird, so auch bei den Wiederaufbauarbeiten. Mag aber dieses Problem so oder so gelöst werden, Behebung der Bauaktivität und Wiederaufbau werden die Arbeitslosigkeit sehr stark eindämmen, vielleicht gänzlich beheben.

Die besonderen Interessen der arbeitslosen Holzarbeiter vertrat der Vorstand besonders in der Frage der Holzwirtschaft, und auch hier nicht ganz erfolglos. Was hier nicht mit einem Schritte erreicht wurde, und auch nicht erreicht werden kann, dazu müßte und werde die Anzahl Schritte gemacht werden, die notwendig ist. Tarnow entwickelt die aufgestellten Forderungen zur Behebung der Selbstverschuldung des Privatkapitals und die ihnen zuteil gewordene öffentliche Beachtung.

Vorwärts und der Gedanke, zunächst einmal das ganze Holzmaterial in öffentlichen Forsten in Gemeinwirtschaft zu überführen und so die Grundlage zu haben, die ganze Holzwirtschaft zu dirigieren. Die Wege, die Bedenken der Länder im Reich dabei zu überwinden, müssen gefunden werden. Redner zeigt noch durch weiteres Eingehen auf den ganzen Fragenkomplex, wie die Schwierigkeiten zwar noch nicht überwunden sind, aber wie man auf dem Wege dazu ist. Sie glatt zu überwinden, sei auch eine Unmöglichkeit, denn es seien Fragen der Entwicklung, die Zeit beanspruchen. Das möge die Kritik würdigen und anerkennen, daß die Leiden der Arbeitslosen noch ganz erheblich größer gewesen wären, wenn die von den Gewerkschaften für richtig gehaltenen Mittel nicht angewandt worden wären. (Lebhafte Beifall.)

Spuren der allerhöchsten Benutzung aufweist. Dadurch könnte es noch vielfach an Wert gewinnen — wenigstens bei der Gemütsverfassung gewisser Monarchisten.

Schweizerisches Deutschtum. In der illustrierten Beilage der „Deutschen Tageszeitung“ besingt ein anonymes Dichtermädchen sein „Deutschtum“. Nachdem er das hohe „Selbentum“ seiner Rasse in allen Tonarten gefeiert hat, beschimpft er denjenigen, dem nach seiner Ansicht die Kraft zum Weiterkämpfen fehle. Von ihm sagt er: „Nim samt ohn' Kampf und Streiten / Mit ihm will ich nicht reiten — / Das Schweiz ist Wastlisch!“

Dazu bemerkt die „Freiheit“: Wir finden, daß ein Dazifist, der gemeinsam mit einem Manne vom Schlage des Verlesermachers der „Deutschen Tageszeitung“ nicht weiter kämpfen wollte, sehr ebel gehandelt hat. Wer sein sogenanntes Deutschtum derartig schweizermäßig zur Schau stellt, kann nicht verlangen, daß sich anständige Menschen mit ihm in eine gemeinsame Kampffront stellen.

Schweres Unwetter. Verschiedene Gebiete des badischen Frankenlandes wurden von einem schweren Unwetter heimgesucht, vor allem die Gegend um Büdingen, Taubergrund, Lauda und Diebstel. In Büdingen hat es fast 1 1/2 Stunden ununterbrochen geregnet. Die Erde wurde vernichtet und das Obst von den Bäumen gelassen. Die Hagelkörner lagen stellenweise bis 20 Zentimeter hoch. Der Schaden ist ein ungeheurer. — Auch im Maingebiet und über die Stadt Frankfurt entlud sich ein seit Jahren nicht erlebtes Unwetter, das überall durch Ueberflutungen und Blühschläge großen Schaden verursachte. An verschiedenen Stellen schlug der Blitz auch in die Straßenbahnleitungen ein und richtete erheblichen Schaden an. Einige Wagen mußten beschädigt abgeschleppt werden. Ungeheure Wassermengen verwandelten namentlich im Stadtteil Sachsenhausen ganze Straßenreihen binnen kurzer Zeit in tiefe Seen, deren Fluten sich in die Keller ergossen. Auf dem Main wurde eine Badeanstalt fortgerissen. Eine Anzahl der dort weilenden Badegäste konnte durch die Rettungswache in Sicherheit gebracht werden.

Zwei Personen durch die Besatzungstruppen getötet. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Eschweiler: Nachts wurden bei einer Schießerei durch die Besatzungstruppen ein Zivilist und ein Polizeibeamter getötet. Eine andere Zivilperson wurde schwer verletzt.

Zum Tode verurteilt. Der 23jährige Pole Joseph Kojcheki, der in Verbotsverbrechen unter dem Namen „Der schwarze Janek“ bekannt war, wurde wegen Mordes an einem Schmiedemeister vom Schwurgericht in Dessau zum Tode verurteilt.

Der Passagierdampfer „George Washington“ verbrannt. Der bekannte Dampfer „George Washington“, an dessen Bord bekanntlich Wilson zur Friedenskonferenz reiste, ist durch Feuer zerstört worden, während er am Rai von Hoboken lag. Der Dampfer war vor kurzem mit einem Aufwand von einer Million Dollar gänzlich neu eingerichtet worden.

Die Windhose, die in der Nacht zum Freitag über das Okraukarwiner Kohlengebiet hinwegging, richtete in den Orten Borsdorf, Peterswald und Radwanz eine furchtbare Verheerung an. Die Gegend gleicht einem Trümmerhaufen. Telefon- und Telegraphenleitungen sind zerstört. Der Straßenbahnverkehr und die Ueberlandbahn sind vollständig lahmgelegt, da die Gleise unterwühlt sind. Gleichzeitig mit dem Wirbelsturm ging ein Wollenbruch nieder. Die Felder sind vollständig vernichtet, zahlreiche Häuser gänzlich zerstört oder abgedeckt. In Egen-Kolonie bei Peterswald sind allein 16 Privathäuser und 12 der Berg- und Hüttengelechtsgebäude während zum Teil vernichtet oder schwer beschädigt. Sämtliche Bäume längs der Straken und in den Gärten sind enturzelt. Die Wiederaufnahme des Grubenbetriebs sowie des Verkehrs ist vor 14 Tagen unmöglich.

Opfer der Hitze. Mehrere Todesopfer hat am Sonntag das Baden an verbotenen Stellen gefordert. Allein im Müggelsee bei Berlin fanden vier Personen den Tod. Im Laufe des Tages wurden 5 Hitzschläge gemeldet. Tödlich ist jedoch bisher kein Fall verlaufen.

Aus aller Welt.

Fünf Personen in der Elbe ertrunken. Das wilde Baden in der Elbe hat wieder eine Anzahl Opfer gefordert. Nicht weniger als fünf Personen ertranken an den verschiedenen Stellen, an denen das öffentliche Baden nicht gestattet ist.

Der Schauspieler Harry Walden, einer von der Damenwelt besonders verehrter Darsteller der deutschen Bühne, dessen Ruf weit über Berlin und Wien, seine Hauptwirkungsstätten, hinausgedrungen ist, der auch vor einigen Jahren im hiesigen Hansatheater Gastrollen gab, hat in Gemeinschaft mit seiner Gattin, der Schauspielerin Frieda Wagen, und seinem Sohne Selbstmord verübt. Alle drei wurden mit geöffneten Wundstücken aufgefunden. Die ganze Familie war dem Morphiumgenuss verfallen. In der Wohnung Waldens wurde ein Brief von ihr gefunden, in dem sie schreibt: „Ich weiß genau, daß mein geliebter Mann unheilbar krank ist, und will, daß wir drei aus dem Leben scheiden.“ — Nach dem Ergebnis der Untersuchung hat Frau Walden ihrem Mann und ihrem Sohne die Morphiumeinspritzung gemacht und ihnen dann die tödlichen Verletzungen beigebracht. Sie hielt bei ihrer Auffindung noch das Rasiermesser in der Hand.

Stump für Schuppere. Im „Berliner Lokal-Anzeiger“ steht folgende Annonce: A. K. K. für Sammler, Taschentuch der Kaiserin Auguste Viktoria zu verkaufen. Offerten unter „S. Sw. 183“ Nebenstelle des Bl., Uhlandstraße Nr. 142.

Das Inserat sagt selber nicht, ob das Taschentuch auch noch

Bekanntmachung.

Der durch Rat und Bürgerschaft vom 25. Mai 1921 festgelegte Bebauungsplan für die Weberkoppel liegt in der Zeit vom 8. Juni bis 10. Dezember 1921 werktätig von 8-3 1/2 Uhr im Bauamt, Abt. Stadterweiterung, Kl. Bauhof Nr. 15, zur Einsicht aus.

Anträge auf Abnahme eines Grundstücks auf Grund von § 6 Abs. 2 des Straßenbaugesetzes sind bei Verlust des Anspruches auf vorzeitige Abnahme bis zum 20. Dezember 1921 der Baubehörde anzumelden.

Lübeck, den 7. Juni 1921. (2740)

Die Baubehörde.

Sozialdemokr. Verein. (2778)
Am 6. Juni stark
mit Genosse
Joachim Weder,
Lehrer.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung Freitag,
den 10. Juni, nachm.
1 1/2 Uhr, auf dem St.
Börns-Friedhof.
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeit.-Verband (2761)
Am Sonntag, dem
6. Juni, stark unser
Kollege
Karl Wulff,
Pflzarbeiter.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung Donners-
tag, den 9. Juni, nach-
mittags 2 Uhr, vom
Sterbehause aus in
Stodelsdorf statt.
Der Vorstand.

Ein n. Wohnhaus zu ver-
kaufen in Baffow, zwei
Zimmer-Wohnungen.
Anfragen (2758)
Lübeck, Königsstr. 57 II., t.

Maurer (2741)
steht ein
Baugeschäft, Dinter
in Kolonie Sophienwerf,
Neubau Lauerhoffstraße
und Untertrave 86.

1 B. D. Schuhe, G. 88, z. vt.
(2757) Dankwartstraße 49.

Grammoph., frz. m. 44 St.
o. L. z. vt. od. geg. guterh.
Herr.- od. D.-Rad zu vert.
Ang. u. H. K. 18 a. d. Exp. (2764)

80 alte Rohre, à 2 m lg.,
zu vert. Ang. unt. G. K. 11
an die Exp. d. Bl. (2764)

Blodmagen, 6fl. Petroleum-
Maschine, Hängelampe zu
verk. (2753) Hundestr. 20.

G. Kaninchenst. z. vt. (2752)
Untertrave 104, 5. Stmstr.

Kl. Ziegenlamm, 5 Wochen
alt, zu verk. W. Dackow,
2789) Wiedling, Dackowstr.

Ferkel und
Zugänger
billig zu ver-
kaufen. (2765)
J. Klüwer, Schwart, Allee 188.

Urbin
bester Schuhputz

Schelm & Wegc, Mengstr. 10
Günstige Preise und andere Sorten Saatkornen,
Schwabelebsen, Mackerlebsen, Düngemittel, Bakt.,
Sänerfutter. (2765)

Elegante u. Herren-, Schlaf-, Wohn- u. Speisezimmer,
Kleimmöbel u. Kücheneinrichtungen, Spezialität Korbmöbel
solides Arbeit. Billige Preise. Prompte Lieferung.

Möbelhaus de Buhr
Lübeck, Fischstraße 21. (2749) Teleph. 3278, 2368.

Sonntag, 9. Juni, ist a. d. Bl.
v. Schluß u. Hohemelle an
dem Welfen-Dut verl. Kund-
wird geb. d. Gut-ge. 2000
88 gegen Baffow, ab. (2781)

Wer gibt oder besorgt
10 000 Mark in Geschäfts-
grundstück. Ang. u. G. B.
an die Exp. d. Bl. (2756)

Die neuen Postgebühren
— 50 Pfg. —
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 45

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Jeder Bezieher des Kommentars zum Betriebs-
rätegesetz von Dr. Georg Flatau braucht
auch den soeben erschienenen

Kommentar
zu der Verordnung betreffend Maßnahmen
gegenüber
**Betriebsabbrüchen
und Stilllegungen**
nebst der Ausführungsanweisung

Unentbehrlich
für Betriebsräte, Gewerkschaftler, Be-
hörden Arbeitgeber u. Arbeitnehmer.
Preis 1,50 Mark und 20% Teuerungszuschlag

Die
millionenfach bewährte
Del-Wachs-Schuhcreme

Diamantine

in bester Friedensqualität
wieder erhältlich.

Man verlange Dosen mit
eingelegtem Zettel
„Friedensware“

Hersteller **Rud. Starcke** Melle / H.

Nur noch 2 Tage! (2769)

Circus Hermann
Mittwoch, 8. Juni:
3 Uhr: Familienvorstellung.
Kinder halbe Preise!
7 1/2 Uhr: Prunk-Vorstellung.

Althoff
Donnerstag, 9. Juni:
7 1/2 Uhr: Gala-Abschieds-Abend.

Vorverkauf: Niemeyer, Breite Straße 63 u. Circus.

**Lübecker
Handwerterbund.**

Seite Mittwoch, abends
8 Uhr in der Aula des
Johanneums:

Bundes-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Das Lübecker Handwerk
und die Nordische Woche.
2. Teilnahme an d. Bundes-
versammlung des Nord-
westdeutschen Handwerker-
bundes am 24. bis 26. Juni
in Hamburg. 3. Der Ent-
wurf eines neuen Arbeits-
tarifgesetzes. 4. Verschiedenes
und Anregungen der Mit-
glieder. (2750)

Adlershorst. Ball

Jeden Donnerstag: (2747)

**Expres-Güter-Verkehr
„Nordmark.“**

Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. Nordmark
Zweigstelle Lübeck.

befördert Pakete, Kisten, Stückgüter usw.
nach den Orten

Travemünde—Niendorf—Timmen-
dorferstrand—Scharbeutz (Haffkrog).

Eröffnung: 2. Juni 1921.

Berechnung billigst. — Fordern Sie Tarife.

Annahmestellen: **Lübeck**, Burmester & Ahlers,
Dankwartstraße.
Travemünde, Schmoor, Rose.
Niendorf
Timmendorferstrand } Kruse.
Scharbeutz, Ostsee-Klause.

Die Wagen verkehren am **Dienstag, Donner-
tag und Sonnabend** jeder Woche 8 1/2 Uhr
vormittags ab Lübeck.

Waschkessel
Adolf Borgfeldt,
Lübeck. (2743)

Pa. Ledersohlen
aus Treibriemen-Abfällen-
empfehlenswert billigst

F. Brons,
Sachswehrt-Allee 5a, 1.
Fernsprecher 488. (2743)

**Waschbalgen
Spülbalgen**

jämtl. Reparaturen billig
Holst, Sarpfenstraße 30a.
Tel. 1729. (2750)

**Rechnungs-
Formulare**

werden hergestellt in der
Buchdruckerei **Fr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 46.

**Das
Holstenhaus**
die vorteilhafte
**Einkaufsstätte
Lübeck's**
bietet jederzeit
Haushaltwaren
zu billigsten Preisen

- Porzellan-Kaffeetassen mit Untertassen groß 1.75 mittel 1.25 klein 95,3
- Porzellan-Frühstücksteller 21 cm Durchmesser, weiß mit kleinen Fehlern 2.50
- Porzellan-Frühstücksteller weiß, glatt und Feston, mit kleinen Fehlern..... 1.75
- 6 Schüsseln im Satz weiß 15.75
- 6 Schüsseln im Satz bunt 19.00
- 7 Schüsseln im Satz weiß 24.00
- 7 Schüsseln im Satz bunt 28.75
- Speiseteller weiß, 23 cm 1.50
- Speiseteller blau Dekor..... 2.75

ca. 600 Kaffee-Service
Porzellan, 24teilig für 6 Personen

Serie I	Serie II	Serie III
35.00	45.00	58.50

ca. 300 Wasch-Service

Goldekor m. kl. Fehlern	Buntdekor regulär	m. bunt. Borte regulär
35.00	48.50	52.00

Porzellan-Speiseservice
28teilig, für 6 Personen

weiß m. kl. Fehlern	schön dekoriert	chinablau gerippt
125.00	375.00	750.00

ca. 800 Tonnen-Garnituren
moderne Formen und Dekors, durchweg 22teilig

95.00	98.00	125.00
-------	-------	--------

ca. 1200 Milchtöpfe im Satz
weiß m. Gold u. farb. Dekor 6 Stück 19.50

Honig und Butterdosen Porzellan, mit Deckel 4.50

ca. 50000 Glasteller u. Schalen
verschiedene Muster, durchweg 85,3

ca. 20000 Konserven — Einkochgläser
weißes Glas mit Klammer und rotem Gummiring

1/2 Liter	3/4 Liter	1 Liter	1 1/2 Liter	2 Liter
1.35	2.25	2.50	2.65	2.75

Prima Kernseife Doppelriegel; unsere beliebteste Hausmarke festempelt 250-Gramm-Stück..... **1.95**

Prima Schmierseife Pfund 2.95
la. Bohnerwachs Dose 4.25
Scheuerpulver „Blitzblank“ Paket 30,3
Maschinenöl la. Qualität 2.75 1.90

Leder
Laderausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren
Fabrikaten
Alle Schuhmacherartikel
C. Grimm Nachf.
Lederhandlung u. Schäfte-
fabrik. 2749

**Sozialdemokratische
Frauen.**

Versammlung
am Donnerstag, dem 9. Juni
abends 8 Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**
Die Tagesordnung wird
in der Versammlung be-
kannt gegeben.
Zahlreichen Besuch er-
wartet (2768)
Die Vorsitzende.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verbd.**
Zahlstelle Lübeck.

**Außerordentliche
Mitglieder-
Versammlung**
am Donnerstag, dem 9. Juni
abends 7 Uhr
im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung wird in
der Versammlung bekannt
gegeben. (2768)
Erscheinen aller Mitglie-
der dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer
Verein Lübeck.**
Ortsgruppe Südtor.

Donnerstag, den 9. Juni
abends 7 1/2 Uhr

**Mitglieder-
Versammlung**

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mit-
glieder.
2. Innere Vereinsangelegen-
heiten.
3. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch er-
wartet
2760 Der Vorstand.

Achtung!
Deutscher
Bauarbeiter-Verbd.
Gruppe Tief- u. Brunnen-
bauarbeiter.

Versammlung
am Donnerstag, dem 9. Juni
abends 7 1/2 Uhr
im Lokale von Friedr. Lender,
Kundestraße 41.
Tagesordnung:
1. Bericht über die stattge-
fundnen Lohnverhand-
lungen.
2. Verschiedenes.
Alle Mitglieder müssen
erscheinen.
2762 Der Vorstand.

Konzerthaus Lübeck.

Jeden
Sonntag: **Ball.**
Für Sommer-Feste ist
der gänzl. renovierte Gar-
ten mit neuem Inventar
noch einige Tage frei. (2755)
Heinz Cyriacks.

**Für Geburtstags- und
Verlobungsgeschenke**

eignen sich unsere in den verschiedensten
Preislagen vorrätigen Briefkastetten,
Briefmappen, Damenschreib-
mappen, Blumen-Briefkarten
mit Umschlägen, Notiz-
büchlein in Batil-
papier-Umschlag,
Visitenkarten
und die reichhaltige Unterhaltungsliteratur.

Beachten Sie unsere Schaufenster!

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46.

Hansa-Theater
8 Uhr. Täglich
Der große Schlager:
**Der verjüngte
Adolar.** (2767)

Operettenschwanz in 3 Akten
von Walter Kollo.
Jeder muß die Wirkung
der Verjüngung bei
„Norden“ in der Rolle des
„Adolar“ gesehen haben.